

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

1, V. Jahrgang

Friedrichshafen, 1. Januar 1965

DM 0,60

Kristeller

Erfolglose Deutschlandpolitik

Entspannung und Annäherung nur durch Gespräche
Parole für 1965: Wählt einen besseren Bundestag!

Alle Reden und Erklärungen der Bundesregierung können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das vergangene Jahr für die Bonner Politik ein Jahr voller Mißerfolge und Krisen gewesen ist. Ganz besonders bezieht sich das auf die Deutschlandpolitik, sofern man überhaupt von einer Deutschlandpolitik der Bundesregierung reden kann. Die verzweifelten Bemühungen, die USA, Frankreich und England für eine sogenannte Deutschlandinitiative einzuspannen, haben mit einer klaren Absage geendet: Diese Länder denken nicht daran, sich für eine Politik einzuspannen zu lassen, die ihrem eigenen Ziel, nämlich auf der Grundlage des Status quo die Entspannung weiter zu fördern und eine Vereinbarung über die Rüstungsbegrenzung zu erreichen, entgegensteht. Auch die mit stumpfsinniger Beharrlichkeit immer wieder unternommenen Versuche, den vier Großmächten die Verantwortung für die Teilung Deutschlands zuzuschieben, um daraus die Verpflichtung herzuleiten, sie müßten auch die Wiedervereinigung (natürlich nach Bonner Vorstellungen) herbeiführen, finden nach wie vor keine Gegenliebe. Im Gegenteil: USA-Präsident Johnson hat von den Deutschen eigene Initiativen in der Deutschlandfrage gefordert.

Zweifelloos hat die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik für das Jahr 1965 den dringenden Wunsch, zwischen den beiden deutschen Teilstaaten ein normales Verhältnis herzustellen. Das ist weniger schwierig, als es die offizielle bundesdeutsche Propaganda darstellt. Natürlich geht das nicht mit salbungsvollen Reden und mit brennenden Kerzen am Heiligen Abend. Es gibt nur einen Weg, der zur Annäherung und Wiedervereinigung führt, und das ist der Weg über die Anerkennung der DDR, der Weg über direkte und aufrichtig gemeinte Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen. Er setzt voraus, daß die Bundesregierung genau wie die DDR auf Atomwaffen verzichtet und die Rüstung, die dem Staatshaushalt seit 1955 mehr als 133 Milliarden DM gekostet hat, als Beweis aufrichtiger Verständigungspolitik reduziert. Auch eine „Politik der kleinen Schritte“ kann ohne diese Voraussetzung weder die Entspannung noch die Wiedervereinigung wesentlich fördern.

Es mag für viele Gewerkschafter enttäuschend gewesen sein, daß die Neujaansprache des DGB-Vorsitzenden Rosenberg keine konkreten und sachlichen Vorschläge für eine vernünftige Deutschlandpolitik enthielt. Statt dessen sprach Rosenberg von der DDR als einem „Zuchthaus“ und stellte sich damit in jene antikommunistische Front, die von der Bild-Zeitung bis zur neonazistischen Soldatenzeitung reicht. Das ist um so bedauerlicher, als Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern in zahllosen Entschlüssen und Resolutionen immer wieder zur Beendigung des kalten Krieges aufgerufen und eine Politik sachlicher Verständigung geordert haben.

Das Jahr 1965 ist ein Wahljahr, und die politische Aufgabe der Bundesbürger wird es sein, die Wahl zu einem Wendepunkt in der Politik der Bundesrepublik zu machen. Es ist nicht zuletzt Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß diese Wahl uns einen besseren Bundestag bringt. Die Gewerkschaften haben in dem vergangenen Jahr bemerkenswerte sozialpolitische Erfolge errungen. Eine Politik aber, die den Staatshaushalt mit wahnsinnigen Rüstungskosten belastet, kann alle Erfolge zunichte machen. Den Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsempfänger zu erhöhen oder auch nur zu erhalten, bedarf es darum einer Politik der Entspannung, der Abrüstung und der friedlichen Verständigung. sr

Aus dem Inhalt

	Seite
Aktionsprogramm am 1. Mai 1965	2
Die Kosten der Notstandsgesetze	4
Wählen und werben	5
Erfolg der Bergarbeiter	6
Mitbestimmung in der Chemie-Industrie	7
Sorgen der Textilarbeiterinnen	8
Das Unheil kommt erst später	9
Automobilarbeiter rücken zusammen	10
Man muß miteinander reden!	11

GEFÄHRLICHE LIEBE

Die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr eignen sich offensichtlich ganz besonders, mit unechtem, um nicht zu sagen verlogenen Pathos „der lieben Brüder und Schwestern in Mitteldeutschland“ zu gedenken. Auch unser verehrter Herr Bundeskanzler Erhard richtete zu Weihnachten an die „lieben Landsleute in Mitteldeutschland“ salbungsvolle Worte und sprach von seinem „aufrichtigen menschlichen Bedürfnis, Ihnen zu sagen, wie sehr wir in enger Verbundenheit mit Ihnen allen, gerade zu Weihnachten, das deutsche Leid empfinden“. Und den „leidenden Landsleuten“ versprach er: Wir werden nicht aufhören, die Welt auf diese Schmach der Menschheit aufmerksam zu machen.

Den lieben Landsleuten in der DDR wird, soweit sie den Weihnachtserguß überhaupt gehört haben, nicht der Widerspruch verborgen geblieben sein zwischen diesen tönenden Worten des Weihnachtsredners Erhard und denen des Regierungschefs einer Regierung, die sich verzweifelt, aber erfolglos bei der USA-Regierung bemühte, die Lieferung einer Kunstfaserfabrik an die DDR zu verhindern, obwohl nichts geeigneter ist, die Lebenshaltung der Bürger in der DDR zu verbessern, als friedliche Handelsbeziehungen.

Der Gipfel politischer Demagogie ist es aber, von der „engen Verbundenheit“ mit den Menschen in der DDR zu sprechen und gleichzeitig den sogenannten Verbündeten im Westen den Einbau von Atomminen an der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu empfehlen.

Recht abartig ist diese „Liebe und Verbundenheit“.

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

2S 21395F

Aktionsprogramm am 1. Mai 1965

**Fertiggestellter Entwurf eine gute Diskussionsgrundlage
Jetzt allgemeine Debatte in den Gewerkschaften**

Monat um Monat vergeht, ohne daß der DGB seine 6,5 Millionen Mitglieder über den Stand der Beratungen des neuen Aktionsprogramms der Gewerkschaften unterrichtet. Die NACHRICHTEN konnten ihre Leser bereits in der Dezember-Nummer über den wesentlichen Inhalt des neuen Programmentwurfs informieren. Jetzt ist der Entwurf vom DGB-Bundesvorstand den Vorständen der 16 Gewerkschaften zugeleitet worden, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind. Wie im Bundesvorstand des DGB in Düsseldorf zu erfahren war, ist beabsichtigt, das neue Aktionsprogramm am 1. Mai 1965 der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Der Beschluß, der Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik ein zweites Aktionsprogramm zu geben, war schon auf dem 6. DGB-Kongreß in Hannover gefaßt worden. Seitdem sind über zwei Jahre vergangen. Die Arbeiten an dem neuen Entwurf sind in dieser Zeit nie aus dem Stadium interner Kommissionsberatungen herausgekommen. Diese Beratungen waren zudem, wie man hört, von Anfang an mit den Versuchen der sogenannten „Reformer“-Gruppe in den Gewerkschaften belastet, „mit der Zeit“ zu gehen und den „partnerschaftlichen Geist“ in dem Programmwerk unterzubringen. Schon am 1. Mai 1964 sollte das Aktionsprogramm verkündet werden und das zur Zeit gültige aus dem Jahre 1955 ablösen. Dann sollte es im Herbst soweit sein, später hieß es Dezember, und nun sind wir wieder beim 1. Mai — aber 1965 — angelangt. Die Zeit dazwischen war angefüllt mit den Differenzen und Streitereien jener, die es sich in den Kopf gesetzt haben, die bewährten gewerkschaftlichen Prinzipien und Praktiken zu verbiegen.

Das alles hätte man vermeiden können, wenn diese kostbare Zeit, die seit Hannover verging, für die Diskussion der Programmpunkte durch die Mitglieder der Gewerkschaften genutzt worden wäre. So wie seinerzeit beim Grundsatzprogramm des DGB. Das hätte den Erfordernissen und den Regeln der innergewerkschaftlichen Demokratie besser entsprochen. In einer umfangreichen Diskussion des neuen Aktionsprogramms in den Gewerkschaftsorganisationen und Betrieben hätte man mit Sicherheit sehr schnell feststellen können, welche Forderungen die Gewerkschafter in das Programm hineinhaben wollen.

Aber auch jetzt muß es dazu noch nicht zu spät sein. Anfang Dezember haben die Gewerkschaftsvorstände den Entwurf bekommen. Sie sollten ihn sofort vervielfältigen und an die Funktionäre und Mitglieder weitergeben, damit die versäumte allgemeine Diskussion nachgeholt werden kann. Nur ein Aktionsprogramm, das von den Gewerkschaftsmitgliedern selbst erarbeitet und beraten wurde, wird die für seine Realisierung erforderliche Unterstützung durch die Mehrzahl der Gewerkschafter finden können.

Der Programmentwurf, auf den sich die Mitglieder der DGB-Kommission zur

Ausarbeitung des Aktionsprogramms geeinigt haben, hat folgende Forderungen zum Inhalt:

■ Allgemeine Verwirklichung des Acht-Stunden-Tages und der Fünf-Tage-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Diese Forderung soll sowohl in allen Wirtschaftsbereichen wie auch im öffentlichen Dienst und den privaten Dienstleistungsunternehmen durchgesetzt werden.

■ Der Erholungsurlaub soll für alle Arbeitnehmer zwischen 20 und 35 Jahren mindestens vier Wochen betragen; für Arbeitnehmer unter 20 und über 35 Jahre werden fünf und für Arbeitnehmer über 50 Jahre sechs Wochen gefordert.

■ Durch eine aktive Lohnpolitik soll der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten am Wirtschaftsertrag vergrößert werden. Im Zusammenhang mit dieser Feststellung wird für alle Beschäftigten ein 13. Monatsgehalt gefordert.

■ Der DGB fordert die Korrektur der bisherigen einseitigen Vermögensbildung, die zu einem großen Teil durch erzwungenen Konsumverzicht der Arbeitnehmer erfolgte. Alle bisher benachteiligten Volksschichten sollen künftig bei der Verteilung des volkswirtschaftlichen Ergebnisses stärker berücksichtigt werden, wozu die Gewerkschaften insbesondere die tarifpolitischen Möglichkeiten besser ausschöpfen wollen.

■ Das Prinzip der Lohngleichheit für Männer und Frauen soll generell durchgesetzt werden.

■ Die sogenannten „freiwilligen“ Leistungen der Unternehmer sollen tarifvertraglich erfaßt und gesichert werden.

■ Sicherung der Arbeitsplätze. Insbesondere fordert der DGB von der Wirtschaftspolitik vorausschauende und planmäßige Maßnahmen zur Sicherung der durch Rationalisierung und Automation bedrohten Vollbeschäftigung.

■ Ausbau des Arbeitsschutzes. In allen Mittel- und Großbetrieben sollen Sicherheitsausschüsse gebildet und hauptamtliche Sicherheitsingenieure eingesetzt werden. Ein werksärztlicher Dienst soll auf- und ausgebaut werden.

■ Wer ohne sein Verschulden arbeitslos oder unterbeschäftigt ist, soll einen Rechtsanspruch auf zwei Drittel seines zuletzt bezogenen Arbeitseinkommens

haben. Die Rente soll mindestens 75 Prozent des letzten Arbeitseinkommens betragen.

■ Alle Arbeiter und Angestellten sollen über die gesetzlich zu regelnde Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hinaus bei einer längeren Krankheitsdauer zusätzliche Unterstützung erhalten. Diese sollen tarifvertraglich gesichert werden. Alle Arbeitnehmer sind ohne Unterschied der Tätigkeit und des Berufes arbeits- und sozialrechtlich gleich zu behandeln.

■ Der DGB fordert weiter einen ausreichenden Mieterschutz und die Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus.

■ Die in der Montanindustrie geltende Mitbestimmung soll auf die Großunternehmen aller Wirtschaftszweige

Besser informiert

durch

NACHRICHTEN

ausgedehnt werden. Die Betriebsräte sollen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen im Betrieb wirklich mitbestimmen können. In den Betrieben und Verwaltungen sollen die Rechte der Gewerkschaften erweitert werden.

■ Der DGB fordert eine entscheidende Verbesserung des Bildungswesens, u. a. die Ausdehnung der Schulpflicht auf zehn Jahre und für die Arbeitnehmer einen zusätzlichen bezahlten Bildungsurlaub.

Ohne Zweifel gehören alle diese Forderungen in das neue Aktionsprogramm hinein. Einige sind recht gut, andere jedoch nicht konkret genug oder — wie bei der „Vermögensbildung“ der Arbeitnehmer — unklar und offensichtlich nicht ausdiskutiert. Wir haben in den NACHRICHTEN im abgelaufenen Jahr eine Reihe von Diskussionsbeiträgen abgedruckt, die bereits Vorstellungen zur Verbesserung des Aktionsprogramms enthielten. Wir werden das auch in den nächsten Hefen tun und bitten unsere Leser, sich an dieser Erörterung zu beteiligen.

Hier soll nur noch einmal wiederholt werden, daß es notwendig ist, jetzt in den Gewerkschaften die allgemeine Diskussion über den Programmentwurf des DGB zu beginnen. Die Gewerkschaften brauchen endlich ein neues und klares Aktionsprogramm, damit die manchmal recht fraglichen tarifpolitischen Alleingänge der letzten Zeit ein Ende haben.

Und schließlich ist es nicht zuletzt darum angebracht, auf Einhaltung des neuen Termins der Programmverkündung zu drängen, weil sonst die SPD aus wahltaktischen Gründen ihren Einfluß geltend machen könnte, die ganze Angelegenheit weiter auf die lange Bank zu schieben. Bis die Wahlen vorbei sind. Denn „Volksparteien“ bemühen sich in erster Linie um die Gunst des Bürgertums ...

-y-

Nachmachen!

Der sowjetische Ministerpräsident Kosygin hat vor dem Obersten Sowjet nicht nur ein Bekenntnis zur Entspannung und zur friedlichen Koexistenz abgegeben, sondern gleichzeitig die Kürzung der sowjetischen Militärausgaben um 500 Millionen Rubel im Volkswirtschaftsprogramm für 1965 angekündigt. Schon 1963 waren die Rüstungsausgaben in der Sowjetunion um 600 Millionen Rubel gekürzt worden. Nach den Worten Kosygins sind die Hauptaufgaben der Sowjetunion die Sicherung des friedlichen Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus und die Verhütung eines neuen Weltkrieges. Die Ernsthaftigkeit dieser Absichten geht auch aus den übrigen Positionen des Budgets hervor, so vor allem aus der Tatsache, daß 80 Prozent der Gesamtausgaben der sowjetischen Volkswirtschaft sozialen Zwecken dienen.

Dieses sowjetische Beispiel steht in einem krassen Gegensatz zu dem von Jahr zu Jahr steigenden Rüstungsetat der Bundesrepublik und den auf uns zukommenden weiteren Milliarden-Belastungen durch die sogenannten Zivilschutz- und Notstandsmaßnahmen.

Auch die USA werden, wie in Washington bereits inoffiziell verlautete, wahrscheinlich ihren neuen Militäretat kürzen. Man kann nur empfehlen und fordern, daß die Bundesregierung sich mehr an solchen Vorbildern orientiert!

eg

KRITIK UNERWUNSCHT

„Panorama“ ist einfach unmöglich! Da gibt es gewisse Spielregeln der Demokratie, die beachtet werden müssen. Und die besagen: Wenn etwas faul ist im Staate — etwa bei der politischen Justiz — dann möge jeden der Teufel holen, der diese Mißstände in der Öffentlichkeit aufdeckt. Womöglich noch im „Panorama“.

Nach diesem — man kann wohl sagen Grundsatz handelten vor einigen Tagen zwei Minister des Landes Niedersachsen; Innenminister Bennemann (SPD) und Justizminister von Nottbeck (FDP). Sie protestierten dagegen, daß „Panorama“ unlängst in einer Sendung „unwahr und tendenziös“ über die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik berichtet habe. Prof. Kogon hatte in der Sendung bekanntlich aufgedeckt, daß täglich in der Bundesrepublik mehrere hundert Menschen in skandalöser Weise als „Linksverdächtige“ von der politischen Justiz drangsaliert und verfolgt würden. Diese Sendung, so führten die Minister als besonders belastend an, sei inzwischen von den Sendern der DDR vollinhaltlich und auszugsweise übernommen und für die kommunistische Propaganda ausgenutzt worden.

Das ist schlimm (nicht für unsere Demokratie, aber . . .) für die Verantwortlichen beim „Panorama“. Da muß man Abhilfe schaffen. Und so forderten die Minister — der sozialdemokratische ebenso wie der freidemokratische — den NDR-Intendanten Schröder auf, „seinen Einfluß einzusetzen, daß solche Sendungen in Zukunft unterbleiben“.

So ist das in der freiheitlichen Demokratie der noch viel freieren Welt: Sie hat eine Menge Spielarten. In Argentinien und auch anderswo löst man einfach das Parlament auf, wenn die Leute in freien Wahlen nicht jene gewählt haben, die sich für die Richtigen halten. In Spanien werden erst gar keine Wahlen gemacht, damit sowas nicht passiert. In den Vereinigten Staaten sind die Neger für olympische Rekorde da. Und in der Bundesrepublik haben wir statt der Juden jetzt die Kommunisten. Alles läuft wie geschmiert. Man ist versucht, den Begriff Demokratie neu zu definieren, etwa so: Demokratie ist, wenn von selbst jeder tut und denkt, wozu die Staatsgewalt ihn sonst zwingen würde. Und wenn trotzdem mal einer Mißstände ans Licht zieht . . . dann siehe oben!

Sb.

NUR LUFTSCHUTZ?

Der Zentrale Ausschuß der Ostermarschbewegung hat in einer Erklärung zu den Grenzen und Gefahren des Luftschutzes Stellung genommen und kommt dabei zu folgenden Schlußfolgerungen:

Wägt man die geringe Wirksamkeit des Luftschutzes gegen die großen Gefahren ab, so ergibt sich eine klare prinzipielle Ablehnung des Luftschutzes, die nicht nur für den Luftschutz in der Bundesrepublik, sondern auch für die Länder des West- und Ostblocks in gleichem Maße gilt.

Dagegen ist auch nicht das häufig benutzte Argument stichhaltig, daß alle Luftschutzanstrengungen gerechtfertigt seien, wenn auch nur wenige Menschenleben gerettet werden könnten. Dies human erscheinende Argument ist bei näherer Betrachtung inhuman. Es geht nämlich nicht darum, wenigstens einige Menschenleben in einem modernen Kriege, sondern alle Menschen vor einem solchen Krieg zu retten.

Mit der scheinbar humanen Redensart von der Rettung wenigstens einiger soll nur das eigentliche Problem verdeckt werden, nämlich der Schutz aller Deutschen. Er kann nur durch eine stabile Friedenssicherung erreicht werden. Hier hat die Bundesregierung allerdings fast nichts getan. Sie hat weder die vielen Entspannungsvorschläge aus Ost und West durch Verhandlungen ernsthaft geprüft, noch hat sie eigene realistische Vorschläge unterbreitet und sich um die kontrollierte Abrüstung und die Beendigung des Wettrüstens intensiv bemüht.

AUFLEBENDE VERGANGENHEIT

Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten hat die Regierungsmehrheit des Bundestages ein Gesetz über die Kriegsoferversorgung ehemaliger faschistischer Angehöriger der spanischen blauen Division angenommen. Es handelt sich hier um Angehörige, vornehmlich Offiziere, einer spanischen Division, die auf deutscher Seite gegen die Sowjetunion gekämpft hat, um damit gewissermaßen den Dank für den Einsatz der Legion Condor abzustatten, die im spanischen Bürgerkrieg Franco in seinem Kampf gegen die Demokraten geholfen hat.

Man muß diesen Vorfall empörend nennen, angesichts der Tatsache, daß der bundesdeutsche Steuerzahler gezwungen wird, denen Renten zu zahlen, die Hitler geholfen haben, die Welt in Brand zu setzen. Und das von einer Bundestagsmehrheit, die sich zur Verbesserung der Renten für die Opfer des Hitlerkrieges in der Bundesrepublik erst durch eine Demonstration zwingen ließ. Das Beispiel zeigt aber auch, wie sich die Bonner Koalition die Bewältigung der Vergangenheit vorstellt. Übrigens: Das Gesetz wurde mit knapper Mehrheit im Hammelsprung verabschiedet.

SPITZENGESPRÄCHE

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Prof. Dr. Balke, hat sich für eine Fortsetzung der Spitzengespräche zwischen dem Bundesvorstand des DGB und den Unternehmerverbänden ausgesprochen. Dr. Balke sagte, er teile die Ansicht des DGB-Vorsitzenden Rosenberg, daß solche Gespräche auch dann einen Zweck hätten, „wenn nichts dabei herauskommt“.

Soweit es sich um die Unternehmerverbände handelt, hat Dr. Balke durchaus recht. Für sie haben die Spitzengespräche durchaus einen Sinn, selbst wenn nichts anderes dabei herauskäme, als daß man bei den Lohn- und Gehaltsempfängern die Illusion zu wecken versucht, man könne den Interessenkonflikt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften an dem bekannten „grünen Tisch“ austragen.

WERKZEITSCHRIFTEN

In der Bundesrepublik werden rund 450 Werkzeitschriften herausgegeben, mit denen mehr als 4 Millionen Leser in den Unternehmen und Konzernen im Sinne der Unternehmenspolitik beeinflusst werden. Die Zahl dieser Zeitschriften nimmt ständig zu und die Betriebe wenden erhebliche Mittel auf für die Aufmachung und den Vertrieb.

Nicht immer können die Gewerkschaftszeitungen mit den Werkzeitschriften in dieser Hinsicht konkurrieren, um so mehr sollten sie sich aber bemühen, durch ihren Inhalt die nicht ungefährlichen Auswirkungen der Unternehmerzeitschriften aufzuheben.

Saragat

Nach einer dramatischen Wahl wurde mit dem Sozialdemokraten Saragat der neue Präsident Italiens gewählt. Den verzweifelten Versuchen des klerikalen und rechtsorientierten Flügels der christlich-demokratischen Partei Italiens ist es nicht gelungen, ihren Kandidaten an die Spitze des Staates zu setzen. Nach 21 Wahlgängen konnte sich die Wahlversammlung endlich mit der erforderlichen Mehrheit für den Mann entscheiden, der in Italien als unnachgiebiger Demokrat, Sozialist und Antifaschist gilt.

Das bemerkenswerteste ist jedoch, daß Saragat mit einer Mehrheit aus Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten gewählt wurde. Es ist das erste Mal in der Geschichte der italienischen Republik, daß der Staatspräsident sich auf die Loyalität der kommunistischen Partei stützen kann und zugleich ein Beweis, daß für einen einfältigen und sturen Antikommunismus, so wie er in der Bundesrepublik gepflegt wird, in einer Demokratie kein Platz ist.

WEHE DEM TOTEN HITLER!

Die Bundesregierung tritt für die Verjährung der Naziverbrechen ein, die nach dem 8. Mai 1965 nicht mehr verfolgt werden sollen. Darüber diskutiert man in der Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften haben mit eindeutigen Stellungnahmen eine Verlängerung der Verjährungsfrist für die Morde der NS-Täter verlangt.

Doch ganz so schlecht ist die Bundesregierung nicht. Und es trifft nicht zu, daß sie mit der einen oder anderen Nazigröße sympathisieren würde, daß sie den einen oder andern vor dem Zuchthaus retten will, weil sie sonst befürchten müßte, noch manchen Aktiven im Laufe der Jahre zu verlieren. So ist das nicht! Denn die Bundesregierung ist ja nicht für die bedingungslose Verjährung der Naziverbrechen, etwa für jedermann.

Das hat jetzt Bundesjustizminister Bucher in einem Brief an das USA-Außenministerium versichert: „Sollte irgendjemand im In- oder Ausland ernst zu nehmende Anhaltspunkte vorbringen können, daß auch nur die entfernte Möglichkeit eines Überlebens Hitlers besteht, so würde ich bei der zuständigen Landesjustizverwaltung anregen, ein Verfahren gegen Hitler einzuleiten, damit die Verjährung mit letzter Sicherheit unterbrochen wird.“

Also der Fall ist klar: Bei Hitler würde in jedem Falle eine Ausnahme gemacht; seine Verbrechen würden auch in der Bundesrepublik nicht verjähren. Oder anders ausgedrückt: Wehe dem Toten, wenn er noch leben sollte. Aber Gnade für die Lebenden, die besser im Kittchen säßen!

-ie-

Zum Tode von Viktor Agartz

In aller Stille, so, wie er es vor seinem Tode gewünscht hatte, ist Dr. Viktor Agartz am 18. Dezember 1964 eingäschert und auf dem Friedhof in Bensberg-Refrath beigesetzt worden.

Mit Viktor Agartz hat die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik einen ihrer hervorragendsten Persönlichkeiten nach 1945 verloren. Als Leiter des Zweizonen-Wirtschaftsamtes und später als Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaften hatte er sich außerordentliche Verdienste beim Aufbau der Demokratie im allgemeinen und der Gewerkschaften im besonderen erworben. Höhepunkt seiner gewerkschaftspolitischen Tätigkeit war zweifellos das Grundsatzreferat auf dem dritten DGB-Kongreß 1954, in dem die Marksteine für eine aktive Lohn- und Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften gesetzt wurden.

Aus Gewerkschaft und Partei — der SPD — gedrängt, hat Viktor Agartz mit einer wirtschaftspolitischen Zeitschrift aus seiner marxistischen Grundhaltung versucht, den interessierten Gewerkschaftsfunktionären das theoretische Rüstzeug zu vermitteln, das sie in den gewerkschaftseigenen Publikationen leider oft vermissen mußten.

Viktor Agartz genoß die Achtung bis weit in jene Kreise, die in ihm ihren kompromißlosesten politischen Gegner sahen. Davon legten die zahlreichen Nachrufe in der bundesdeutschen Presse, in Rundfunk und Fernsehen Zeugnis ab.

In der Geschichte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung Deutschlands hat sich Viktor Agartz neben Hans Böckler und Kurt Schumacher eine bleibende Erinnerung erworben.

H. S.

Die Kosten der Notstandsgesetze

Unvorstellbar hohe finanzielle Belastung der Bevölkerung

Die Sozialdemokratische Partei hat sich auf ihrem Karlsruher Parteitag im Prinzip für eine Notstandsgesetzgebung ausgesprochen und sich damit in Widerspruch zu den Beschlüssen der Gewerkschaften und des DGB gesetzt.

In einer dem Parteitag vom Parteivorstand vorgelegten Entschließung wird — gewissermaßen zur Beruhigung — die Bundesregierung aufgefordert, dem Bundestag eine Gesamtplanung für den Zivilschutz mit einem Zeit- und Finanzierungsplan vorzulegen, um die Bevölkerung sachgerecht aufzuklären. Dieser Forderung ist der Bundestag insofern nachgekommen, als Ausgang Dezember 1964 der Innenausschuß des Bundestages in einer öffentlichen Sitzung mit Sachverständigen eine Diskussion über die Kosten der möglichen Notstandsgesetze durchführte.

Schon im Oktober hatte der Bundesfinanzminister zum erstenmal die Öffentlichkeit mit den Kosten bekanntgemacht, die durch jene Gesetze entstehen, die die Bundesregierung dem Bundestag voraussichtlich im Frühjahr zur Entscheidung vorlegen will. Danach würde der Steuerzahler ab 1966 mit rund einer Milliarde, 1967 mit 1,7 Milliarden und ab 1969 pro Jahr gleichbleibend mit 2,7 Milliarden DM belastet. Dazu kämen noch rund zwei Milliarden jährlich für die Ausgaben, die sich aus dem Selbstschutz- und Schutzraumgesetz ergeben. Im ganzen rechnet der Finanzminister, daß innerhalb von 10 Jahren mindestens 23 Milliarden DM für die von der Mehrheit der Bundesbürger abgelehnten Notstandsgesetze ausgegeben werden müßten.

Nach der Meinung der Sachverständigen jedoch stehen die Schätzungen des Finanzministeriums in keinem Verhältnis zu den wirklichen Ausgaben. Das ging nicht nur aus der Diskussion des Bundestagsausschusses hervor, sondern noch unmißverständlicher aus

dem von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler herausgegebenen „Kostenheft zum Memorandum ziviler Bevölkerungsschutz“. Dieser Veröffentlichung liegen die Gutachten einer Baseler Treuhandgesellschaft sowie des Düsseldorfer Beigeordneten, Professor Tamms, zu Grunde. Nach diesen beiden Gutachten werden die Kosten zur Durchführung des von der Bundesregierung geforderten Notstandspaketes jährlich mindestens 13,3 Milliarden DM betragen.

Die Gutachten gehen weiter davon aus, daß es unmöglich sei, in 10 Jahren einen auch nur einigermaßen ausreichenden Zivilschutz auszubauen, vielmehr setzen sie dafür 20 Jahre an. Das würde also bedeuten, daß, wenn man den heutigen Preisstand als stabil voraussetzt, die Bevölkerung der Bundesrepublik neben den immensen Rüstungskosten noch runde 250 Milliarden DM aufzubringen hätte.

Für diese dem einfachen Menschen schier unvorstellbare Summe hätte der Bundesbürger nichts anderes eingetauscht als einen fragwürdigen, rein theoretischen „Schutz“ im Falle eines Krieges und den in Zahlen gar nicht zu fassenden Verlust seiner demokratischen Freiheiten. Darum gibt es im Augenblick keine wichtigere politische Aufgabe, als die Notstandsgesetze zu verhindern. Daß den Gewerkschaften hierbei eine besondere Rolle zufällt, ergibt sich nicht nur aus der Pflicht zur Selbsterhaltung, sondern auch aus ihrer Stellung als stärkste Säule der Demokratie in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit.

S F

Wählen und werben

Betriebsrätewahlen in diesem Jahr besonders wichtig Gute Betriebsräte aus guten Gewerkschaftern bilden

In diesem Frühjahr beginnen die Neuwahlen der Betriebsräte. Im Unterschied zu der bisherigen Regelung werden in diesem Jahr die Betriebsräte zum ersten Mal statt für zwei für drei Jahre gewählt. Das setzt voraus, daß die Vorbereitungen zu den Wahlen und die Auswahl der Kandidaten noch sorgfältiger vorgenommen wird, als es bisher geschehen ist; denn nun müssen die Belegschaften drei Jahre warten, ehe sie eine falsche Wahl korrigieren können.

Die Bundesregierung bzw. die Regierungsparteien im Bundestag haben die Verlängerung der Amtsdauer damit begründet, daß so die „Ruhe“ in den Betrieben bewahrt bleibe und der Betriebsrat mehr Zeit zu einem kontinuierlichen Ablauf seiner Aufgabe fände. Diese Begründung ist reine Demagogie, denn es ist bisher immer so gewesen, daß ein guter Betriebsrat nicht nach seiner zweijährigen Amtszeit abtreten mußte, sondern in sehr vielen Fällen seit Jahren die Belegschaft seines Betriebes mit Erfolg vertreten konnte.

Die Verlängerung der Amtszeit geschah lediglich mit der Absicht, die mit der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen verstärkte gewerkschaftliche Aktivität in den Betrieben einzuschränken und damit möglichst dazu beizutragen, den Einfluß der Gewerkschaften im Betrieb zu schwächen.

Es ist unbestritten, daß die Betriebsratswahlen unter den Belegschaftsmitgliedern eine größere Aufgeschlossenheit und Interessiertheit für gewerkschaftliche Fragen mit sich bringen. Zu diesem Zeitpunkt ist die Möglichkeit, Mitglieder für die Gewerkschaften zu werben und die Arbeiter und Angestellten mit Sinn und Ziel der Gewerkschaften vertraut zu machen, besonders günstig. Darum sollte auch keine Gewerkschaft darauf verzichten, die Betriebsratswahlen gleichzeitig für eine intensive Werbeaktion zu nutzen.

Die Aufgaben der Betriebsräte sind von Jahr zu Jahr umfangreicher und komplizierter geworden. Die Vorbereitungen der Wahl und die Aufstellung der Kandidatenlisten erfordern darum eine immer größere Sorgfalt. Hierbei gilt es wie bei allen Aktionen der Gewerkschaften, die gesamte Belegschaft zu beteiligen. Es ist nicht gut, wenn der alte Betriebsrat oder wenn die Gewerkschaftsvorstände unter sich die Benennung der Kandidaten vornehmen. Es ist weitaus richtiger, daß sich die Vertrauensmänner eines Betriebes und die Gewerkschaftsmitglieder in Versammlungen mit dieser Aufgabe befassen. Das erhöht die gewerkschaftliche Aktivität und sichert der Liste der Gewerkschaften eine stärkere Unterstützung der Betriebskolleginnen und -kollegen.

Der Grundsatz, daß die besten Gewerkschafter auch die besten Betriebsratsmitglieder sind, ist eine Erfahrungstatsache. Nur die Kolleginnen und Kolle-

gen, die hinter sich die Stärke der Belegschaft und die Kraft der Gewerkschaften spüren, werden die Interessen der Belegschaft gegenüber der Betriebsleitung am nachhaltigsten vertreten können. Von ihnen kann man auch erwarten, daß sich ihr gewerkschaftspolitischer Horizont nicht mit dem des Betriebes deckt, sondern daß darüber hinaus die allgemeinen gewerkschaftlichen Aufgaben nicht vergessen werden.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der auf die Bedeutung der diesjährigen Betriebsratswahlen hinweist, ist die besonders von der IG Metall in der letzten Zeit immer wieder stärker in die Diskussion gebrachte „betriebsnahe Lohnpolitik“. Natürlich heißt betriebsnahe Lohnpolitik nicht, daß nun die Betriebsräte an Stelle der Gewerkschaften Lohnpolitik machen. Aber es bedeutet, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften sich stärker an den betrieblichen Verhältnissen orientiert, und das gelingt den Gewerkschaften um so mehr, als in den Betrieben Betriebsräte tätig sind, die es verstehen, das betriebliche Interesse der Belegschaftsmitglieder mit den überbetrieblichen lohnpolitischen Aufgaben in ein rechtes Maß zu bringen.

Daneben bleiben selbstverständlich dem Betriebsrat genügend Aufgaben, die einen geschulten Gewerkschafter mit umfassenden Kenntnissen und tadellosem Charakter erfordern. Allein die raffinierten und perfektionierten Methoden der Arbeits- und Leistungsbewertung, mit der die Arbeitskraft der Lohn- und Gehaltsempfänger bis ins letzte beansprucht und ausgenutzt wird, stellen die Betriebsratsmitglieder täglich vor Probleme, mit denen sie nur fertig werden können, wenn sie in der Gewerkschaft die notwendige Hilfe finden.

Dabei müssen die Gewerkschaften ernsthafter als bisher ihre Mitglieder durch eine entsprechende Bildung in die Lage versetzen, daß sie über die engen sozialpolitischen Aufgaben hinaus ihren, wenn auch nur unzulänglichen Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb gerecht werden können. Die Tätigkeit der Betriebsräte hinsichtlich der Berichterstattung in den gesetzlich vorgeschriebenen vierteljährlichen Betriebsversammlungen sowie ihre Einflußnahme auf die betriebswirtschaftlichen Vorgänge im Wirtschaftsausschuß läßt in vielen Betrieben noch zu wünschen übrig.

Es wird auch bei den diesjährigen Betriebsratswahlen nicht an Versuchen einzelner Splittergruppen, oft mit Unterstützung der Unternehmer selbst, fehlen, Listen aufzustellen, um damit eine geschlossene Front der Belegschaftsmitglieder unmöglich zu machen. Die Vorbereitungen sollten deshalb auch dahin zielen, solchen Versuchen von vornherein das Wasser abzugraben und in den Betrieben nur eine Gewerkschaftsliste aufzustellen mit Kandidaten, die offen für die Forderungen der Gewerkschaften und die Beschlüsse gewerkschaftlicher Organe eintreten.

H. S.

Immer mehr Millionäre

Die Zahl der Vermögensmillionäre hat sich in Nordrhein in den letzten drei Jahren um 600 auf 3700 erhöht. Von diesen hatten 163 Millionäre ein Vermögen von je 10 Millionen DM. Die Gesamtzahl der Vermögenssteuerpflichtigen betrug 1963 rund 107 000 mit einem Gesamtvermögen von 28 Milliarden DM. — Auch ein Beispiel über die „Vermögensstreuung“ in der Bundesrepublik.

Die Konzerne werden immer mächtiger

Nur 50 Firmen in der Bundesrepublik vereinigen auf sich 25,3 Prozent des gesamten Industrieumsatzes. Die 500 größten Unternehmen hatten einen Umsatzanteil von 49,1 Prozent. Der westdeutsche Export wird vor allem von diesen Großunternehmen mit ihren vielen Tochtergesellschaften getragen. Wie weit die Konzentration in den einzelnen Wirtschaftszweigen bereits gediehen ist, mag folgende Übersicht verdeutlichen, die den Umsatzanteil der jeweils zehn größten Unternehmen angibt:

Ledererzeugende Industrie	37,3 %
Feinkeramische Industrie (Porzellan)	37,5 %
Elektrotechnische Industrie	38,4 %
Chemische Industrie	40,6 %
Bergbau	42,0 %
NE-Metallindustrie	44,7 %
Glasindustrie	51,7 %
Eisenschaffende Industrie	57,8 %
Kautschuk- und asbestverarbeitende Industrie	59,7 %
Fahrzeugbau	67,0 %
Schiffbau	69,0 %
Tabakverarbeitende Industrie	84,5 %
Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoff-Industrie	91,5 %

Diese Angaben sind in dem Untersuchungsbericht über die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft enthalten, der auf Beschluß des Bundestages von einer Expertenkommission angefertigt wurde. Die Angaben beziehen sich alle auf das Jahr 1960. Inzwischen hat sich diese Konzentrationsbewegung noch weiter verstärkt.

Erfolgreicher Kampf der Bergarbeiter

Jetzt mit größerer Kraft gegen das Zechensterben!

Kohlepreiserhöhung — ein neues Produkt der Gewinnsucht

Für die 360 000 Arbeiter und Angestellten in den Steinkohlenrevieren Ruhr, Aachen und Ibbenbüren trat am 1. Januar d. J. ein neuer Tarifvertrag in Kraft. Danach werden die Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent erhöht. Das Wohnungsgeld für Arbeiter wird von 1 DM je Schicht auf 2 DM verdoppelt und für die Angestellten von 70 DM auf 100 DM angehoben. Die neuen Tarifverträge haben keine Laufzeit und sind mit dreimonatiger Frist kündbar.

Mit der Verbesserung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten um etwa 10,5 Prozent hat die IG Bergbau und Energie einen beachtlichen Erfolg errungen, der allein deshalb zustande kam, weil die Ruhrbergarbeiter zum Kampf entschlossen und bereit waren, das von den Konzernen geplante Lohn-diktat mit dem Streik zu verhindern.

Bereits zu Beginn der Tarifverhandlungen war deutlich geworden, welche lohnpolitische Konzeption die Ruhr-

„Brassert“-Stilllegung wurde verhindert

Einen beispielhaften Erfolg errangen die Bergarbeiter mit der jetzt vom Vorstand der Rheinstahl Bergbau AG bekanntgegebenen Rücknahme des Stilllegungsantrages für die Zeche „Brassert“ in Marl. Die Absicht des Unternehmens, diese rentable Zeche gegen gute Prämien stillzulegen, hatte im Herbst Tausende von Bergarbeitern zu stürmischen öffentlichen Protestaktionen herausgefordert. Die Rücknahme des Stilllegungsantrages ist der zweite große Erfolg der IG Bergbau und Energie im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Zuvor war bereits durch Einflußnahme der Gewerkschaft der Stilllegungsbeschluß für die Schachtanlage Thyssen 25 zurückgezogen worden. Die erfolgreiche Abwehr der Stilllegung von „Brassert“ in Marl macht allen Bergarbeitern deutlich, daß es mit Entschlüssen allein nicht mehr getan ist, und daß man so reagieren muß wie im Herbst die Kumpel in Marl.

Gewaltigen zu verfolgen gedachten. Auf den Vorschlag der Gewerkschaft, die Löhne und Gehälter um 9 Prozent zu erhöhen und das Wohnungsgeld zu verdoppeln, antwortete der Unternehmerverband mit der Forderung nach einem Lohnstopp, der mit der Zahlungs-unfähigkeit des Bergbaus begründet wurde. Erst angesichts der machtvollen Protestaktionen der Zechenbelegschaften bequemen sich schließlich die Konzernvertreter dazu, der IGBuE eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent anzubieten.

Der Hauptvorstand bezeichnete das Unternehmerangebot als eine Provokation und erklärte daraufhin die Tarifverhandlungen für gescheitert. Eine Ruhr-Revierkonferenz der IGBuE, an der 3000 Betriebsfunktionäre teilnahmen, bestätigte die vom Vorstand getroffene

Entscheidung und beschloß die Durchführung einer Streikurabstimmung, die am 10. Dezember stattfinden sollte. Auf Anraten der Bundesregierung erklärte sich dann der Unternehmensverband Ruhrbergbau am 8. Dezember zur Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen bereit. Schon einen Tag später stimmten die Bergbauunternehmer bei einem nur zweistündigen Gespräch dem Tarifabschluß zu.

Unmittelbar vor der endgültigen Unterzeichnung der Verträge versuchte eine Gruppe von Konzernvertretern, das Abkommen in letzter Minute zu torpedieren. Anlaß dazu war eine Erklärung des NRW-Wirtschaftsministers Kienbaum, der in ungewöhnlich scharfer Form die Bergbauunternehmer vor einer Erhöhung der Kohlepreise gewarnt hatte. Erst als sich die Bundesregierung mit der Preiserhöhung einverstanden erklärte und Gewerkschaftssprecher die Durchführung der ausgesetzten Streikurabstimmung ankündigten, wurden die neuen Tarifverträge durch den Vorstand des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau ratifiziert.

Wie nach der Entscheidung Bonns nicht anders zu erwarten, wälzen die Ruhrkonzerne die Mehrkosten der Lohnsteigerung in Höhe von rund 390 Mill. DM auf die Verbraucher ab. Am 1. Januar, an dem Tag also, da die neuen Tarifverträge in Kraft traten, wurden auch die neuen Preislisten für Kohle und Koks wirksam. Damit möchten die Unternehmer der Gewerkschaft die Verantwortung für die schon lange geplante Preiserhöhung in die Schuhe schieben. Außerdem schlagen sie aus der Preiserhöhung einen zusätzlichen Profit von mindestens 30 Mill. DM heraus, denn die jährlichen Mehreinnahmen aus der Preiserhöhung betragen mehr als 420 Mill. DM!

Mit dem unter Dach und Fach gebrachten Tarifabkommen ist die Kohlenkrise aber noch keineswegs beendet. Nach wie vor stehen 34 Schachtanlagen auf der Stilllegungsliste, droht 60 000 bis 70 000 Bergarbeitern und Bergbauangestellten der Verlust des Arbeitsplatzes. Die IGBuE steht jetzt vor der Aufgabe, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Auflösung des Rationalisierungsverbandes zu erzwingen. Außerdem gilt es, die von der Ruhr-Revierkonferenz erhobenen Forderungen zur Erhaltung des westdeutschen Steinkohlenbergbaues durchzusetzen. Der neue Tarifvertrag ist der beste Be-

weis dafür, daß sich gewerkschaftliche Erfolge nur dann einstellen, wenn man die Zechenbelegschaften mobilisiert und die Kraft der Organisation in die Waagschale wirft. G. B.

Einigung auch an der Saar

Unmittelbar vor Weihnachten kam auch für die Beschäftigten des Saar-Bergbaues ein Ergebnis zustande, das dem an der Ruhr entspricht. So wurden die Löhne und Gehälter der Saarbergarbeiter ab 1. Januar um 7,5 Prozent und das Wohnungsgeld von monatlich 23 auf 49 DM erhöht.

Lohnverhandlungen in Eisen- und Stahlindustrie

Die IG Metall hat fristgerecht die Abkommen über die Lohn-, Gehalts- und Lehrlingsvergütungen in der eisen-schaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens zum 31. Januar gekündigt und eine Erhöhung um 10 Prozent gefordert. Außerdem verlangt die IG Metall die Zahlung eines 13. Monateinkommens und die Verlängerung der Urlaubsdauer für alle Altersgruppen um zwei Tage. Die Verhandlungen darüber sollen im Monat Januar beginnen.

Schuhindustrie zahlt zusätzliches Urlaubsgeld

Nun ist auch der Gewerkschaft Leder der Abschluß eines Tarifvertrages gelungen, der die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes ab 1965 vorsieht. Der Vertrag gilt für die 87 000 Arbeiter der Schuhindustrie in der Bundesrepublik, die künftig zusätzlich zum Lohn ein Urlaubsgeld in Höhe eines Wochenlohnes erhalten werden. Ab 1. Februar 1965 tritt in der Schuhindustrie eine Lohnerhöhung von 16 Pfennig die Stunde in Kraft.

Urlaubsgeld-Forderung der IG Bau-Steine-Erden

Der Erweiterte Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden hat auf seiner letzten Tagung in Frankfurt/Main ein zusätzliches Urlaubsgeld für die 250 000 Beschäftigten in der Baustoffindustrie gefordert. Über die Höhe der Forderung wurde nichts mitgeteilt. Wie die IG Bau-Steine-Erden erklärt, sei diese Forderung nach eindeutiger Prüfung der wirtschafts- und tarifpolitischen Lage in diesem Wirtschaftszweig erhoben worden.

IG Druck und Papier kündigt Manteltarifvertrag

Die Einführung der 40-Stunden-Woche ab 1. Oktober 1965 hat die IG Druck und Papier gefordert, die den Manteltarifvertrag zum 31. März 1965 gekündigt hat. Die Gewerkschaft fordert ferner eine Verbesserung der Urlaubsstaffelung und die Zahlung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes in Höhe von 50 Prozent des vereinbarten Lohnes für die tariflichen Urlaubstage.

BUNDESTAGSWAHL

Das Unheil wird ein Jahr verschoben

Wir befinden uns bereits mitten im Wahlkampf. Peter Riemer weist im Dezember-Heft der „Holzarbeiter-Zeitung“ auf die Zerstrittenheit im Regierungslager hin und auf die Versuche, diese Situation mit Wahlgeschenken zu vertuschen:



„Man erkennt, daß diese Art der Politik wohl kaum das richtige Mittel ist, der Koalition erneut die Mehrheit zu bringen. Deshalb beginnt man zu ‚handeln‘. Wie in früheren Jahren bei den Schwarzen in Afrika mit bunten Glasperlen Sympathien geweckt werden sollten, versucht man heute mit allerlei Wahlgeschenken die Bundesbürger zu locken. Subventionen, Unterstützungen, Taschengelder werden großzügig angekündigt und wahrscheinlich sogar verteilt, politische Entscheidungen aber bis nach den Wahlen vertagt. Was zu beweisen wäre? Bitte: — ... Die Mehlsubventionen sollten Ende des Jahres wegfallen, was nach deutschen Gepflogenheiten eine Verteuerung des Brotpreises bedeuten würde. Inzwischen hat man in Bonn umdisponiert. Die staatlichen Zuschüsse werden nicht jetzt, sondern erst 1966 aufgehoben. Der sogenannte Lücke-Plan sieht vor, daß Mieter in Sozialwohnungen, deren Einkommen gestiegen ist, höhere Mieten zahlen müssen oder die Wohnungen zu räumen haben. Ursprünglich auf 1965 terminiert, wurde die ganze Angelegenheit bis nach der Wahl verschoben. Im Ruhrgebiet sollen alle Kohlenzechen stillgelegt werden, die ihren Besitzern nicht mehr genug Profit bringen und angeblich unrentabel sind. Diese unpopuläre Maßnahme trifft zweifellos am stärksten die Bergarbeiter und damit eine potentielle Wählerschicht. Also verschiebt man flugs die Entscheidung auf 1966.“

Die Beispiele ließen sich vermehren. Man muß sich fragen, was man mehr bewundern soll, die Unverfrorenheit, dem Volk so etwas anzubieten, oder der Glaube, daß das unbemerkt hingenommen wird. Zu deutlich kommt der Pferdefuß heraus. Denn die Quintessenz des Ganzen, was im Augenblick unter der Bezeichnung Politik in Bonn läuft, ist doch: Das Unangenehme kommt nicht jetzt, nicht vor den Wahlen, aber gleich danach auf euch zu. Nicht einmal ein Jahr trennt uns mehr von der Bundestagswahl. Wir sollten die Entwicklung genau beobachten und uns nicht für eine Kaffeesteuersenkung unsere politische Meinung abkaufen lassen. Denn auf die kommt es an — und davor fürchten sich viele Leute in Bonn.“

Es fehlt das klare Konzept

Im Leitartikel der Zeitung „druck und papier“ vom 30. November kritisiert Chefredakteur Egon Lutz die offensichtlich schwache Rolle, die die „Volkspartei“ SPD augenblicklich im beginnenden Wahlkampf spielt:



„Der Wahlkampf hat begonnen. In Dortmund verkündete CDU-Geschäftsführer Duihues Gottes Willen. ‚Der Herrgott‘, prophezeite er, wird uns den Sieg nicht verweigern, aber er muß ihm abgetrotzt werden.‘ Woher hat er seine Informationen? Und entspricht diese Haltung christlicher Demut? Ich weiß es nicht. Und ich halte es — mit Verlaub gesagt — auch nicht gerade für einen Zufall, wenn Herbert Wehner in einer Kirche seine Gewissensqualen offenbart. Sollten die Politiker hienieden nicht genug Arbeit haben? Oder sollten sie wieder einmal der Versuchung erliegen sein, einen Wahlkampf unter Aufrechnung der Glaubwürdigkeit christlicher Bekenntnisse führen zu wollen? Das ist schon ein paarmal schiefgegangen. Und dem Glauben bekommt es

auch nicht. Schon gar nicht, wenn sich zwei Volksparteien den Rang am Altar streitig machen wollen. Laßt Glaubensfragen in der Kirche und wendet euch den ungelösten irdischen Problemen zu! ...

Der grollende Baß des Bundeskanzlers bekämpft eine SPD, die es schon lange nicht mehr gibt. Mit Argumenten, die in ihrer Primitivität erschrecken. Die SPD hat den herzhaften Zugriff zur Macht durch ein zartes Liebeswerben um die deutsche Volksseele ersetzt. Und alle eilen sie von einem Kongreß zum anderen. Und reden und reden und reden ...

Die Politik liegt einstweilen auf dem Eis. Sie muß warten bis nach den Bundestagswahlen. Ein paar Entscheidungen wird man noch treffen. Zugunsten der Landwirte. Zugunsten des Mittelstandes. Zugunsten der Arbeitnehmer. Ja — auch zu unseren Gunsten. Denn die Arbeitnehmer sind nun mal eine wichtige Wählergruppe. Man vermißt das Konzept. Das planvolle Ineinandergreifen einzelner Maßnahmen. Den Willen zur gezielten Umformung unserer gesellschaftlichen Ordnung. Die prägnante Formulierung unserer Außenpolitik. Noch muß der Wähler auf Indizien zurückgreifen, wenn er ernsthaft versucht, seine Wahlentscheidung von 1965 politisch zu motivieren. Augenblicklich hat die SPD gewisse taktische Vorteile. Ihr Parteitag hat in einigen Fragen den Vorhang gelüftet. Zu einer klaren Alternative hat sie sich nicht durchgerungen. Vielleicht wollte sie auch nicht. Eine Volkspartei versucht immer, Unvereinbares unter einen Hut zu bringen.“

DEUTSCHLANDPOLITIK

Bonn ist nicht der Nabel der Welt

Die Bundesregierung müsse aufhören, der internationalen Entspannungspolitik Knüppel zwischen die Beine zu werfen, meint die „Holzarbeiter-Zeitung“ im Dezember-Heft und schreibt:



„Nachdem die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung gescheitert ist und da wir uns gegenwärtig in einem Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit befinden, währenddessen unsere Politiker längst denken, was sie dem Volk noch nicht zu sagen wagen, daß wir nämlich um die DDR nicht mehr herumkommen, sind Bockigkeit und Trotz eine psychologisch verständliche Reaktion. So forderte H. G. von Studnitz vor den amerikanischen Wahlen in der ‚Welt am Sonntag‘, beide US-Präsidentschaftskandidaten sollten erklären, die Vereinigten Staaten würden sich auf einen globalen Ausgleich mit der Sowjetunion nicht einlassen, bevor die Wiedervereinigung Deutschlands nicht Wirklichkeit geworden sei. Der auf den Rücken gelegte kleine Junge droht dem stärkeren Spielgenossen, sein großer Bruder werde kommen und ihn hauen. Aber der große Bruder kann fern und zudem anderen Sinnes sein. Bei den Passierscheinverhandlungen in Berlin haben die Alliierten auch nicht alles zugelassen, was die Bundesregierung wollte.“

Manche Deutsche scheinen sich wohl zu fühlen, wenn sie sich einreden, der Rest der Welt werde gern und immerdar nach ihren Wünschen fragen. So rufen sie denn die großen Brüder aus Amerika dazu auf, ihre etwaigen eigenen Interessen hinter deutsche Forderungen zurückzustellen. Und diese Forderungen bleiben vage: Wiedervereinigung als bloße Parole wird immer unklarer, je älter Ulbrichts DDR wird. Warum zögert die ‚Welt am Sonntag‘ eigentlich, offen vom Anschluß Mitteleuropas an die Bundesrepublik zu sprechen? Das gäbe doch einen Sinn. Aber das Unmögliche, das seit fast zehn Jahren Unmögliches tritt nicht dadurch ein, daß man Freunde, Verbündete auffordert, um unsert- oder des Sonderministers Krone willen ihre eigenen, von Ken-

nedy umrissenen und von Johnson weiterverfolgten Friedens- und Ausgleichsinteressen aufzugeben. Gelingt es uns, unsere Wünsche weitgehend den Wünschen der Großmächte nahezubringen, gut. Aus Trotz ihnen Knüppel zwischen die Beine werfen — das bleibt auf die Dauer politisch so unwirksam, wie dem Gegacker von Hühnern für menschliche Ohren die Kunst der deutschen Sprache fehlt.“

DDR

Man läßt die Fakten sprechen

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ begann im Dezember einen Fortsetzungsbericht von Heinz Koar über „Eindrücke von einer Reise quer durch die ‚DDR‘“. Der Autor berichtet u. a., daß die Menschen in der DDR unfreundlich reagieren, wenn Westdeutsche sie „bemitleiden“ wollen. Sie würden dann auf ihre eigenen Leistungen verweisen. Koar schreibt dazu in der WdA vom 11. Dezember u. a.:



„... Das ist keine Propagandaparole, sondern die feste Überzeugung der Mehrheit von Deutschen alter und jüngerer Bekanntschaft, die ich bei meiner Zickzackfahrt von 3000 km Länge aufsuchte. Sie läßt sich sinngemäß ungefähr so wiedergeben: ‚Das Wirtschaftswunder, von dem ihr in der Bundesrepublik so viel spricht, hat sich eigentlich bei uns zugetragen. Für euch war es keine Kunst, mit der Hilfe des Marshallplanes und auf der Grundlage einer weitgehend noch vorhandenen Schwerindustrie (Ruhrgebiet) wieder auf die Beine zu kommen. Als wir von vorn anfangen, waren bei uns die Demonstrationen bis hinunter zum zweiten Schienenpaar der Eisenbahn zur harten Wirklichkeit geworden. Wir zahlen und arbeiten noch heute für die Reparationen. In Riesa stand ein einsamer Hochofen als Überbleibsel eines industriellen Potentials, das bei uns unter Aufbietung riesiger Geldmittel erst vom Stande Null an geschaffen werden mußte. Und um diese Voraussetzung für das wirtschaftliche Funktionieren unseres Staatswesens zu ermöglichen, mußten wir lange den Riemen enger schnallen. Jetzt brauchen wir das nicht mehr, dafür müssen wir noch eine Weile auf eine Reihe von Konsumgütern und Annehmlichkeiten verzichten, auf die ihr euch mehr zugute haltet, als diese Dinge im Grunde wert sind — so gern wir sie natürlich selber auch hätten.‘

Eine solche gesamtdeutsche Gardinenpredigt muß man in Kauf nehmen, wenn man sich in der inoffiziellen DDR umtut. Die offiziellen Funktionäre empfingen den Besucher vergleichsweise milder. Sie können sich neuerdings darauf beschränken, Fakten sprechen zu lassen ...“

BUNDESWEHR

Heye ging - die Zustände blieben

Das Dezember-Heft des „Leder-Echo“, die Zeitung der Gewerkschaft Leder, greift das Kesseltreiben gegen den zum Rücktritt gezwungenen Wehrbeauftragten Heye auf und schreibt u. a.:



„Es ist um Heye genug Staub aufgewirbelt worden, so viel jedenfalls, daß es sich erübrigt, auf alle Vorgänge nochmals einzugehen. Eines aber sollte man sich doch recht deutlich in Erinnerung rufen: Die Tatsache nämlich, daß er nichts anderes getan, als vorhandene Mißstände aufzuzeigen. Er hat dies zunächst in seinem Bericht an den Bundestag unternommen, ist dabei aber auf taube Ohren gestoßen. Darauf ging er über eine Illustrierte in die Öffentlichkeit. Hieraus, und vor allem, weil er es wagte, am deutschen Militär Kritik zu üben, hat man ihm einen Strick gedreht.

Heye ist weg. Die Bundeswehr aber, und vor allem die Mißstände, die Heye aufgezeigt hat, sind unverändert geblieben. Ja, man hat nicht einmal den Versuch unternommen, den kritischen Punkten auf die Spur zu kommen, ganz zu schweigen davon, daß sie nun abgestellt werden. Heye hat eben den Fehler begangen, ein Tabu anzupacken, und deswegen mußte er gehen.“

Das Amt liegt unter Beschuß

Mit der Hetzjagd auf den zurückgetretenen Wehrbeauftragten Heye beschäftigt sich die „Gewerkschaftspost“ der IG Chemie, Papier, Keramik in der Dezember-Nummer. Kritisch schreibt das Blatt:



„Die ‚Kopijäger‘ haben gesiegt. Vizeadmiral a. D. Heye hat sein Amt niedergelegt. An sich wollte er das erst zum 31. April nächsten Jahres tun. Aber der gehetzte Wehrbeauftragte mußte vor der Zeit gehen. Ohnehin krank und nach einem Unfall jetzt noch im Spital, hat der tapfere Mann resigniert. Nie zuvor ist ein Kritiker der Bundeswehr so diffamiert worden wie Heye. Seine schärfsten Gegner kommen aus dem eigenen Parteilager: der CDU/CSU. Strauß, Jaeger und von Hassel dünkte er so etwas wie ein nationales Unglück. Zum bösen Ende hat ihn sogar noch sein höchster Dienst-vorgesetzter, Bundestagspräsident Gerstenmaier, schwer gerüffelt. Die Ouvertüre im letzten Akt des Kesseltreibens gegen den unbequemen Wehrbeauftragten sang der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Dr. Jaeger. Unter tosendem Beifall der CSU-Wehrexperthen erklärte er im Münchner Hofbräuhaus: ‚Den besten Rat, dem man diesem Mann geben kann, ist der, daß er seinen Hut nimmt; ich bin ermächtigt, den Rücktritt Heyes zu fordern.‘ Heye hat den Hut genommen. Seine Partei ist ihn los. Nun rinnen die Krokodilstränen. Gipfel der Heuchelei: Bundestagsvizepräsident Jaeger erklärte, daß er ‚nie die Sauberkeit der Motive Heyes bestritten‘ hätte; Verteidigungsminister von Hassel entdeckt, daß Heye immer ‚das Gute gewollt‘ habe. So rinnen die verlogenen Zähnen die Backen hinunter ... Zuletzt hat Heye festgestellt: ‚Würde in einigen Einheiten der Bundeswehr ein anderer Geist, ein nicht so rüder Ton herrschen, hätte mancher Soldat den Freitod nicht gesucht.‘ Wie in Bonn jetzt bekannt wurde, begeht in jeder Woche ein Bundeswehrangehöriger Selbstmord. Das ist ein offenes Geheimnis: In der CDU/CSU ist vielen Leuten der Wehrbeauftragte lästig, zumal im Verteidigungsministerium. Man will nicht nur Heye nicht — man will das ganze Amt nicht. Die Institution liegt unter Beschuß. Allen vornehmen Grundsatzserklärungen zum Trotz. Auch der Vorgänger Heyes, von Grolmann, mußte das erfahren. Kritik an der Bundeswehr war den Regierenden immer unbequem.“

ANTIFASCHISTEN

Der Widerstand begann nicht erst 1944

Ein Film mit dem Titel „Ohne Orden und Ehrenzeichen“ und der den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die Nazis dokumentieren soll, wurde kürzlich in München uraufgeführt. Das DGB-Funktionärorgan „Die Quelle“ macht dazu im Dezember-Heft einige treffende Bemerkungen:



„In einer Reihe eindrucksvoller und erschütternder Dokumente zeigt der Film, daß der Widerstand gegen Terror und Unfreiheit nicht erst 1944 begann, daß die Männer und Frauen aus der Arbeiterbewegung sich bereits vor 1933 und danach gegen ein verbrecherisches System zur Wehr setzten. Zu einer Zeit also, da spätere Hitler-Gegner, getragen von einer nationalen Hochstimmung, noch keinen Widerspruch gegen die Etablierung des Unrechtsstaates erhoben, obwohl der Terror nicht zu übersehen war. Die Dokumente rufen uns in Erinnerung, wie aussichtslos die Lage dieser Hitler-Gegner und wie unzureichend ihre Waffen waren. Ihr moralischer Mut und ihr Glaube an das Recht treten in diesem Licht nur um so heller vor unsere Augen. Dieser Film soll den Kampf anderer Bevölkerungsgruppen gegen die Herrschaft Hitlers nicht verkleinern. Er ist die notwendige Korrektur gegen eine weit verbreitete und von bestimmten Gruppen eifrig gepflegte Vorstellung, wonach der Widerstand gegen die Nazis im wesentlichen auf die Aktion vom 20. Juli 1944 beschränkt gewesen sei; und daß vor allem Offiziere und Diplomaten diesen Widerstand getragen hätten. Doch eines — so glauben wir — müßte noch nachgetragen werden, um die angestrebte Korrektur zu vervollständigen. Der Anteil der Menschen, die Gewerkschafter und damals auch Mitglieder der KPD gewesen sind, sollte

nicht unerwähnt bleiben. Die Ablehnung der Ziele der früheren KPD ist eine Sache, der Mut vieler ihrer Mitglieder, die Leben und Freiheit im Kampf gegen Hitler riskierten, eine andere. Ein entsprechender Hinweis würde den Wert dieses Filmdokuments nur erhöhen."

VERMÖGENSBILDUNG

An die Gewinnsubstanz herankommen!

In Nr. 11/64 der „Gewerkschaftlichen Umschau“, dem Funktionärorgan der IG Chemie, Papier, Keramik, setzt sich der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Küpper mit deutlichen Worten mit der sogenannten „Vermögensbildung“ der Arbeitnehmer auseinander. Küpper macht auch Vorschläge, wie eine echte Vermögenspolitik im Arbeitnehmerinteresse aussehen müsse:



„Über die Vermögensbildung ist eine Diskussion entbrannt, die langsam sektiererische Formen annimmt. Wer wollte bezweifeln, daß hier endlich ein Durchbruch erzielt werden muß? Aber es ist nicht einmal die Frage ausdiskutiert, was denn überhaupt Vermögensbildung ist. Ob die Sicherstellung besserer Altersversorgung als Vermögensbildung gelten kann, muß sehr in Frage gestellt werden. Außerdem wäre zu überlegen, ob es nicht grundsätzlich Sache des Gesetzgebers ist, dafür zu sorgen, daß der Lebensabend jedes Bürgers hinreichend gesichert ist. Wir meinen und stimmen dabei mit dem DGB überein, daß an jede Vermögensbildung der Arbeitnehmer folgende Mindestforderungen zu stellen sind: 1. die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, 2. die freie Verfügbarkeit über das Vermögen, 3. die Nichtbeeinträchtigung einer dynamischen Tarifpolitik ...

Wir sind erst bereit, von Vermögensbildung zu sprechen, wenn sie nicht auf dem Rücken und auf Kosten der Arbeitnehmerschaft erfolgt, sondern wenn es gelingt, an die Gewinnsubstanz heranzukommen, etwa an die modern gewordenen Dividenden von 18 und mehr Prozent. Man muß sich mit Prozentsätzen auf die Kapitalseite beziehen, also auf Investitionen oder Gewinne und nicht auf die Lohnsumme, damit von vornherein ausgeschlossen bleibt, daß Barlohn und Eigentumsbildung miteinander verquickt werden. Ob das auf tariflichem Wege möglich ist, dahinter muß ein großes Fragezeichen gesetzt werden. Wir glauben vielmehr, daß hier nur ein komplexes System von staatlichen Maßnahmen (Investitionspolitik, Gewinnpolitik, Steuerpolitik usw.) zum Erfolg führen kann. Das aber wiederum setzt eine grundsätzliche Veränderung des gegenwärtigen politischen Klimas voraus."

TARIFPOLITIK

Bei Reformeifer nicht die Substanz verspielen

Der gewerkschaftlichen Tarifpolitik fehle es zur Zeit an der notwendigen Dynamik, stellt der 2. Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik, Karl Küpper, in Nr. 11/1964 der „Gewerkschaftlichen Umschau“ fest. Küpper deckt auch die Ursachen dafür auf und schreibt u. a.:



„Wenn man sich die kritische Frage vorlegt, ob die soziale Entwicklung mit der wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen Schritt gehalten hat, dann muß man zwangsläufig zu einem negativen Ergebnis kommen. Auch für die Tarifpolitik, die im Grunde genommen Sozialpolitik in einem Teilbereich ist, muß man die Feststellung treffen, daß sie irgendwie auf der Stelle tritt. Daran ändert auch nichts die Feststellung, daß den Gewerkschaften, der einen mehr, der anderen weniger, in den letzten Jahren erhebliche Erfolge beschieden waren. Entscheidend ist die Frage: Konnte der Regelungsraum der Tarifpolitik entscheidend verändert werden? Diese Frage wird man sicherlich nicht überzeugend mit ja beantworten können. Dabei hätte die lang anhaltende und bis zum Augenblick noch ungebrochene Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft geradezu entscheidende Veränderungen herausfordern müssen. Denn wann sollen

sich tiefgreifende Veränderungen vollziehen, wenn nicht in Perioden der Expansion? ...

So notwendig es ist, in die Tarifpolitik und in die Gewerkschaftspolitik überhaupt wieder eine neue Dynamik hineinzubringen, so wichtig ist es aber auch, einmal darüber nachzudenken, wieso es zu einer gewissen Stagnation gekommen ist. Bei solchen Überlegungen stoßen wir zwangsläufig darauf, daß die Herrschenden und Besitzenden den Fortschritt blockieren. Und es wird dann sehr bald klar, daß die Gewerkschaften vor eine harte gesellschaftspolitische, ja politische Alternative gestellt werden, nämlich: Ob sie die bestehenden Herrschafts- und Besitzverhältnisse vorbehaltlos anerkennen wollen oder ob sie eine Veränderung der gesellschaftspolitischen Situation der Arbeitnehmer erstreben wollen — selbstverständlich auf dem Boden der durch die demokratische Grundordnung gegebenen Möglichkeiten. An dieser Frage scheiden sich auch in der Tarifpolitik die Geister. Und es ist durchaus kein Zufall, wenn im Zusammenhang mit der Tarifpolitik der verschiedenen Gewerkschaften von unseren Gegnern Prädikate verteilt werden wie reformistisch oder radikal. Man kann einfach nicht übersehen, daß die Stagnation in der Tarifpolitik nicht eine Frucht der Phantasielosigkeit der Gewerkschaften, sondern der Ausdruck von Machtverhältnissen ist.

„Neue Wege in der Tarifpolitik“ — sicherlich müssen sie gegangen werden, aber ganz bestimmt nicht mit verbundenen Augen und in völliger Verkennung der machtpolitischen Verhältnisse. Noch weniger aber dürfen sie gegangen werden unter Preisgabe gewerkschaftlicher Substanz. Das aber ist gerade unsere größte Sorge, daß der Reformeifer uns dazu verleiten könnte, uns selbst zu verlieren. Wir meinen mit Dahrendorf: „Alles soziale Leben ist Konflikt, weil es Wandel ist.“ Kehrt man diesen Satz um, so ergibt sich doch fast die Befürchtung: „Wer den Konflikt vermeiden will, verspielt den Wandel!“

GEWERKSCHAFTEN

Auf die Kraft der Organisation kommt es an

In einer abschließenden Würdigung des Lohnkampfes im Steinkohlenbergbau trifft die Zeitung der IG Bergbau und Energie — „einheit“ — vom 15. Dezember einige allgemeingültige Feststellungen für die Gewerkschaftsbewegung:



„Wie ist das bei Tarifverhandlungen? Genügt es da, wenn die Gewerkschaftsvertreter ihre wohlgedachten Argumente für eine Lohn- und Gehaltserhöhung auf den Verhandlungstisch legen? Oder genügt es, wenn der Gewerkschaftsvorstand in Bonn dem Bundeswirtschaftsminister Schmücker Ähnliches erzählt? Wohl kaum! Hier wie dort zählt — neben den Argumenten — die Macht und Kraft der Zahl. Genau wie in der Wirtschaft. Je größer eine Firma, um so größer ihr Einfluß: auf dem Markt, den sie mit ihren Produkten beliefert, in der Stadt, in der sie ihren Sitz hat. Was sollen wir da ‚pingelig‘ sein — in Essen zählt Krupp halt mehr als irgendeine kleine Schlosserwerkstatt irgendeines unbekannten Schlossermeisters. Mag er auch noch so solide sein. Die Realität ist, daß er nicht ‚zählt‘, weil er schwach ist. Ähnlich ist es bei den Gewerkschaften. Ihr Einfluß ist so groß, wie sie mitgliedermäßig stark ist. Das gilt auch für uns. Natürlich sind wir in den letzten Jahren kleiner geworden, weil auch der Bergbau kleiner wurde. Das liegt in der Natur der Sache. Doch es kommt darauf an, wie wir prozentual organisiert sind. Ob zu 70 Prozent — wie zur Zeit — oder zu 100 Prozent! Nehmen wir die Fliesenleger. Sie sind im großen Heer der Bauarbeiter nur eine kleine Zahl. Aber sie sind hundertprozentig organisiert. Das macht sie so stark und ihre Löhne so hoch. Vielleicht sind die kommenden Festtage der richtige Zeitpunkt, darüber einmal nachzudenken, welche Bedeutung es hat, in einer starken Gewerkschaft organisiert zu sein.“

Nur ein Trostpreis für die Kleinverdiener

Am 1. Januar 1965 trat eine Steuersenkung in Kraft, die in keiner Weise den gewerkschaftlichen Vorstellungen gerecht wird. „Der Deutsche Eisenbahner“ des GdED kritisiert in der Weihnachts-Ausgabe diese Steuerreform wie folgt:



„Da die Steuersätze in der Lohnsteuer seit 1958 nicht mehr geändert, die der Einkommens- und Körperschaftssteuer jedoch bereits früher nachhaltig gesenkt worden waren, ist die Lohnsteuer von 1959 bis 1964 von rund 5,9 Mrd. auf voraussichtlich 15,5 Mrd. DM, die Einkommenssteuer bzw. Körperschaftssteuer von 1959 bis 1963 jedoch nur von 7,3 auf 13,4 Mrd. DM bzw. von 5,1 auf 7,7 Mrd. DM angestiegen. Gab es vor 1959 erst rund 9 Millionen lohnsteuerzahlende Arbeitnehmer, so betrug ihre Zahl 1963 bereits 18 Millionen. Die jährliche Wachstumsrate in der Lohnsteuer stieg auf rund zwei Milliarden DM jährlich.

Wer nun glaubte, daß die ‚Steuersenkung‘ zum 1. Januar 1965 für die Masse der Arbeitnehmer eine wesentliche Entlastung bringen würde, der sah sich nach der Verabschiedung des ‚Steueränderungsgesetzes 1964‘ getäuscht. ‚Großzügig‘ wurde lediglich der Regierungsentwurf, der ohnedies Steuersenkungen bis zu Jahreseinkommen von 156 000 DM vorsah, von den Koalitionstraktionen nunmehr sogar noch auf Einkommen bis zu 240 000 DM, also bis zu Monateinkommen von 20 000 DM ausgedehnt. Jahreseinkommen ab etwa 35 000 DM werden bereits mit ca. 1000 DM jährlich steuerlich entlastet. Für die Arbeitnehmer unter 1000 DM Monateinkommen springt aber nicht mehr als eine jährliche Entlastung zwischen rund 100 und 175 DM heraus. Wenn die Regierung argumentiert, durch diese Steuerentlastung würden immerhin 1,1 Millionen Arbeitnehmer völlig von der Lohnsteuer befreit, dann vergißt sie hier wie bei den übrigen ‚Senkungen‘, daß dies bei vielen Arbeitnehmern allenfalls für eine juristische Sekunde am 1. 1. 1965 zutrifft. Die nächste Lohn- und Gehaltserhöhung, für viele am 1. Januar 1965 wirksam, wird aus der ‚Senkung‘ lediglich eine Abschwächung der laufenden Erhöhung entstehen lassen.“

WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

EWG hemmt den freien Handel

Aus dem versprochenen „Segen der EWG“ ist — für jeden sichtbar — eine zusätzliche Belastung für die Verbraucher geworden. Mit dem bislang üblichen DGB-Optimismus in bezug auf die EWG bricht die Gewerkschaftszeitung „druck und papier“ in der Nummer 26, wenn sie schreibt:



„Mit Bitternis muß auf Grund der jüngsten und den noch bevorstehenden Preisbewegungen festgestellt werden, daß die Preise selbst für Grundnahrungsmittel langsam eine Höhe annehmen, die man eigentlich nur von Delikatessen gewohnt ist. Es liegt deshalb der Gedanke nahe, daß doch aus Ländern, die der EWG nicht angehören, preisgünstigere Waren eingeführt werden könnten. Aber hier hat die Gemeinschaft einen Riegel vorgeschoben. Dieser Riegel ist der sogenannte Schwellenpreis, ein Mindestpreis, unter dem die betreffenden Länder nicht liefern dürfen. Bieten sie ihre Waren trotzdem billiger an, werden diese mit einer Abschöpfung belastet und so auf das EWG-Preisniveau emporgehievt. So liegt zum Beispiel zur Zeit der Schwellenpreis für Butter wesentlich über dem auf Großhandelsebene ermittelten. Dadurch muß zwangsläufig jede Buttereinfuhr aus Drittländern zum Erliegen kommen. Die Benachteiligten sind nicht nur die Länder (Schweden, Finnland, Dänemark, Australien, Neuseeland), die als Butterlieferanten für die Bundesrepublik in Frage kommen, sondern auch die Verbraucher in den EWG-Staaten, denen ‚eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung‘ versprochen wurde ...

Man kommt nicht umhin, diese EWG-Vereinbarungen tragender merkantilistischer Züge. Der nationale Rahmen wird zwar durchbrochen, ein Großwirtschaftsraum geschaffen, dieser aber gleichzeitig nach außen abgeschirmt, die Konkurrenz ausgeschaltet und ein weltweiter freier Handel eingeschränkt. Angesichts der von der (kleinst-) Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erzielten ‚Fortschritte‘ wird es einem schwermgemacht, auf ein besseres Morgen zu hoffen.“

FERNSEHEN

Die Meinungsfreiheit muß garantiert sein

Gegen die fremden Einflüsse beim Fernsehen wendet sich die Zeitung „textil-bekleidung“ in der Dezember-Ausgabe. Die Zeitung der gleichnamigen Gewerkschaft im DGB schreibt u. a.:



„Einen besonders massiven Druck auf die Fernsehanstalten üben gegenwärtig die Vertriebenenverbände aus. So startete ihr Präsident Wenzel Jaksch vor kurzem einen höchst unfairen und gefährlichen Angriff auf die Unabhängigkeit des Fernsehens, der den DGB-Bundesvorstand zu einer ebenso massiven Entgegnung herausforderte. Hatte der Präsident des Bundes der Vertriebenen doch dem Intendanten des Hessischen Rundfunks, Pfarrer Werner Heß, vorgeworfen, ‚er stehe an der Seite der Todfeinde der Demokratie‘, weil er eine Sendung zugelassen habe, die den Vertriebenenverbänden nicht gefiel. Als ob jeder ein Kommunist wäre, der eine andere Meinung vertritt als Wenzel Jaksch! Mit Recht forderte der DGB in diesem Zusammenhang mehr Toleranz und verwahrte sich gegen Formulierungen, die an eine vergangene Zeit erinnern.

Das Fernsehen ist frei und unabhängig und muß es bleiben. Frei und unabhängig nicht nur von der Industrie und gewissen interessierten Zeitungsverlegern, sondern auch von allen anderen Interessengruppen. Es muß die Möglichkeit haben, seine Meinung offen zu sagen, auch wenn dies manchen Leuten nicht in jedem Fall gefällt. Zum Beispiel der Bundesregierung. Oder der Opposition. Oder den Vertriebenenverbänden. Oder den Arbeitgeber. Oder auch den Gewerkschaften. Es darf in unserem Lande keine von oben gesteuerte Einheitsmeinung mehr geben. Wer das nicht wahrhaben will, paßt nicht in die demokratische Landschaft.“

BILDUNG

Guter Politik-Unterricht braucht gute Politik

Neuerdings wird in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit häufig das Wort „Politik-Unterricht“ gebraucht. Die IG Metall beispielsweise fordert einen solchen Politik-Unterricht in den Berufsschulen. Dazu enthält die Nr. 25 der Zeitung „Metall“ vom 15. Dezember einen Beitrag, in dem heißt:



„Das Ziel des Politik-Unterrichts muß es sein, junge Menschen zu selbständigem kritischen Denken zu befähigen und ihnen damit ihre Umwelt ‚durchschaubar‘ zu machen. Dabei sind die Arbeitsformen in der Schule besonders wichtig. Der Politik-Unterricht ist dann wirkungsvoll, wenn er auch in den Schulen praktisch geübt wird. Das kann durch die Schülermitverantwortung geschehen. Gerade auf dem Gebiet der politischen Bildung ist eine Mitbestimmung der Schüler ohne Schwierigkeiten durchzuführen, ja, Politik-Unterricht setzt eine derartige Beteiligung an der Gestaltung des Unterrichts ebenso voraus wie ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Schüler und Lehrer.

Ob aber eine gute politische Bildung — in diesem Falle ein guter Politik-Unterricht — möglich ist, hängt mit davon ab, ob eine gute Politik im Staate gemacht wird. Wenn man aber in die Zukunft schaut — und das tut die Jugend der IG Metall —, so kann man diesen letzten Satz auch umdrehen: Wenn in Zukunft eine gute Politik gemacht werden soll, so setzt das einen guten Politik-Unterricht in der Gegenwart voraus. Daran müssen wir mitarbeiten.“

Das „Parlament“ der Frauen tagt

**Bald Antragsschluß für Frauenkonferenz des DGB
Viele Probleme sind noch immer nicht gelöst**

Am 1. Februar ist Antragsschluß für die 5. Bundesfrauenkonferenz des DGB, die für den 6. bis 8. Mai 1965 nach West-Berlin einberufen wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen alle Anträge an die Konferenz über die Landesbezirks-Frauenausschüsse des DGB bzw. über die Haupt-Frauenausschüsse der einzelnen Gewerkschaften beim Hauptfrauenausschuß des DGB eingegangen sein.

Seit es die Gewerkschaftsbewegung gibt, gilt in ihr der Grundsatz, daß Männer und Frauen gemeinsam für ihre Forderungen und Ziele eintreten. So auch für bestimmte spezielle Forderungen der Frauen und Mädchen. Es kann für die Gewerkschafter nicht belanglos sein, unter welchen Bedingungen die Frauen, die Mütter und Mädchen arbeiten und leben, was sie verdienen.

Im abgelaufenen Jahr 1964 haben mehrere Gewerkschaften ihre Bundesfrauenkonferenzen durchgeführt. Auf diesen Tagungen ist bereits die ganze Vielfalt der Probleme deutlich geworden, die heute von der Gewerkschaftsbewegung erfolgreich gemeistert werden müssen und die auch den Stoff für die 5. DGB-Konferenz abgeben werden.

Im Mittelpunkt dürfte die Tatsache stehen, daß die in der Verfassung verbriefte Gleichberechtigung von Mann und Frau im Arbeitsprozeß und bei der Entlohnung noch immer nicht voll verwirklicht werden konnte. Diesem sozialpolitischen Schandfleck werden die Gewerkschaften endlich einmal gründlich beikommen müssen!

Die Dinge sind aber noch viel umfassender: Da geht es ebenso um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes der Frauen, um eine vernünftige Berufsausbildung für die Mädchen, um eine augenfällige Verbesserung des Mutterschutzes, um die kostenlose und vorbeugende Gesundheitsfürsorge, um die Schaffung von mehr Kindergärten sowie um die allgemein interessierenden Fragen wie die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Urlaub und Urlaubsgeld, bessere Entlohnung.

Desgleichen können die gewerkschaftlich organisierten Frauen auch nicht vorübergehen an einigen Problemen im politischen Bereich. So war auf den verschiedenen Frauenkonferenzen der Industriegewerkschaften die Preispolitik der Bundesregierung Gegenstand heftiger Kritik. Ablehnende Stellungnahmen wurden auch zum Lücke-Plan, zur Notstandsgesetzgebung, hier insbesondere zum Zivildienstpflichtgesetz, beschlossen. Auf der Frauenkonferenz der IG Metall beispielsweise wurden in einer Entschließung alle berufstätigen Frauen in der Bundesrepublik aufgefordert, auf Bundestag und Bundesregierung dahingehend einzuwirken, daß das Wettrüsten aufhört und an seine Stelle Bemühungen um die Abrüstung und eine Politik der Entspannung treten.

Dieser gesamte Fragenkomplex sozialer und politischer Art wird im Mai

auf der 5. Frauenkonferenz des DGB zur Debatte stehen. Und natürlich noch andere Probleme. Erfahrungsgemäß werden auf solchen Konferenzen be-

reits wichtige Vorentscheidungen für den DGB-Bundeskongreß getroffen, der Anfang 1966 stattfinden wird. Die Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz werden also bestimmte Wirkungen auf den nachfolgenden DGB-Kongreß haben. Es ist darum von besonderer Wichtigkeit, diese Konferenz mit allem gebotenen Ernst vorzubereiten und Kolleginnen als Delegierte zu wählen, die einmal den großen Aufgaben gewachsen und zum anderen den Kolleginnen im Betrieb auch als solche bekannt sind.

Editha Kern

Mitbestimmung in der Chemie-Industrie!

Grundsatzentschließung der IG Chemie, Papier, Keramik

Die Diskussion um Inhalt und Ziel der Mitbestimmung wird in den Gewerkschaften schon seit Jahren geführt, und man muß feststellen, ohne daß in der Praxis nennenswerte Schritte nach vorn gemacht werden konnten. Diese Tatsache hat den Beirat der IG Chemie, Papier, Keramik auf seiner letzten Sitzung in Berlin zu einer bemerkenswerten Entschließung veranlaßt, deren Wortlaut wir nachstehend wiedergeben:

Der Beirat der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik nimmt mit Befriedigung Kenntnis von den Initiativen des Hauptvorstandes, die qualifizierte Mitbestimmung in der chemischen Industrie der Verwirklichung näherzubringen. Er ist der Meinung, daß die seit 1949 erhobene unverzichtbare Forderung endlich aus dem Stadium der Diskussion und des Theoretisierens herausgehoben werden muß, zumal die sich vollziehenden Entwicklungen auf dem wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gebiet immer zwingender die Verwirklichung der Mitbestimmung erfordern.

Der Beirat ist sich zwar bewußt, daß die Mitbestimmung allein nicht genügt, die unerläßlichen Neuordnungen unserer gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen. Er ist jedoch der Meinung, daß sie in der Lage ist, die immer deutlicher werdenden Gefahren der wirtschaftlichen und damit verbundenen politischen Machtkonzentration zu mindern. Insbesondere ist die Mitbestimmung geeignet,

- die Festigung der Demokratie und die Verwirklichung ihrer Prinzipien auf dem wirtschaftlichen Gebiet herbeizuführen,
- den politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und die Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen im Zeichen der Technisierung, Rationalisierung und Automatisierung im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich wirkungsvoller zu gestalten.

Die 1949 im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhobene Forderung nach „Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung“, die von den Gewerkschaften immer als ein unteilbares Ganzes angesehen wurde, ist auf Grund der politischen Verhältnisse bisher nur im betrieblichen Sektor und dort nur unzulänglich verwirklicht worden.

Stets hat unsere Organisation zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, sich mit den bisher verwirklichten Teillösungen in anderen Wirtschaftsbereichen abzufinden. Sie hat vielmehr immer darauf bestanden, auch die Großkomplexe der chemischen Industrie und der ihr verwandten Industrien (z. B. der Mineralölindustrie) zum Gegenstand der qualifizierten Mitbestimmung zu machen. Wenn bisher die Realisierung dieser Vorstellungen nicht möglich war, so ist aber nun die Zeit überreif.

Die Regelungen in der Montanindustrie sind erfolgt, als diese Industrie eine unbezweifelbare Schlüsselposition in der gesamten Wirtschaft innehatte. Diese Schlüsselposition hat sich in immer stärkerem Maße zur chemischen Industrie hin verlagert. Die in dieser Industrie vollzogene Rekonzentration und Expansion haben Machtzusammenballungen erstehen lassen, die zu einer ernststen Gefahr werden, wenn sie weiterhin unkontrolliert bleiben.

Um zu verhindern, daß die politische Demokratie durch machtvolle Gebilde der Wirtschaft gefährdet und damit die dynamische Weiterentwicklung des sozialen Rechtsstaates bedroht wird, sind alle demokratischen Kräfte aufgerufen, die Mitbestimmung als wirksames Gegengewicht zu bejahen und zu fördern. Es ergeben sich weiter aus der technischen Entwicklung wachsende Gefahren für die Sicherung der Arbeitsplätze. Auch diese Entwicklung erfordert eine nachhaltigere Beeinflussung des wirtschaftlichen Gesamtgeschehens durch die Mitbestimmung.

Der Beirat richtet daher den dringenden Appell an alle Kräfte, denen die Verwirklichung der Demokratie mehr als ein Lippenbekenntnis ist, die ergriffenen Initiativen der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik zu unterstützen.

Sorgen der Textilarbeiterinnen

**Hälfte der Betriebe ohne Umkleide- und Sanitätsraum
 Die Gewerkschaft fordert bessere Arbeitsbedingungen**

Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung hat in Frankfurt ihre 3. Zentrale Frauenkonferenz abgehalten, die in ihrer Bedeutung wesentlich über den Rahmen der eigenen Organisation hinausging. Das Schwergewicht der Konferenz lag weniger auf dem Gebiete der innergewerkschaftlichen Diskussion als in der Erörterung von allgemeinen Problemen der berufstätigen Frauen. Besonders waren es Fragen, die sich aus dem Verhältnis zwischen der berufstätigen Frau und dem Betrieb ergeben sowie der Konflikte, die zwischen Familie und Beruf entstehen, und der keineswegs aufgehobenen Minderbewertung der Frauen am Arbeitsplatz.

Im Mittelpunkt der Tagung stand das Ergebnis einer Befragung der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, das durchaus als repräsentativ für die gesamte Textil- und Bekleidungsindustrie der Bundesrepublik gelten kann. Danach haben 53,2 Prozent der weiblichen Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten. Die Frage nach der Entlohnung zeigte, daß 55,9 Prozent der Frauen nach einem Akkord- oder Prämiensystem entlohnt, während 38,3 Prozent im Zeitlohn beschäftigt werden. Das Arbeitstempo wurde von den befragten Frauen allgemein als hoch angegeben. Im einzelnen ergab die Befragung, daß nur 31,7 Prozent das Arbeitstempo als normal empfanden, während über 65 Prozent das betriebliche Arbeitstempo als hoch bis zu hoch bezeichneten.

Das monatliche Nettoeinkommen beträgt in der Textil- und Bekleidungsindustrie nach den Angaben des Fragebogens 407,40 DM. Dazu wurde festgestellt, daß im Durchschnitt der Ehemann 529,55 DM verdiente und also die Familie, wenn Mann und Frau berufstätig waren, über ein Einkommen von über 900 DM verfügte. Wie unzureichend selbst dieses Einkommen ist, ergibt sich aus der Feststellung der Befragung, daß nur 37,6 Prozent der Befragten 1963 eine Urlaubsreise unternehmen konnten, während 62,4 Prozent darauf verzichten mußten.

Besorgniserregend ist der gesundheitliche Zustand der Textil- und Bekleidungsarbeiterinnen. Nach ihren

eigenen Angaben benutzten 46,2 Prozent der Frauen unregelmäßig, 32,1 Prozent jedoch häufig schmerzstillende Arzneimittel. Wörtlich heißt es in der Veröffentlichung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung:

„Der Griff zur Tablette ist bei den weiblichen Arbeitnehmern der Bekleidungsindustrie häufiger als bei denen der Textilindustrie. Hier kann eine Ursache der höhere Anteil der im Akkord beschäftigten Kolleginnen sein. Im übrigen ist bei Textil und Bekleidung feststellbar, daß der Gebrauch von Antischmerztabletten mit zunehmendem Alter ansteigt. Der gesundheitliche Zustand ist alles andere als befriedigend.“

Bezeichnend für die Verhältnisse in den Betrieben waren die Antworten bezüglich der sozialen Einrichtungen. Danach war nur in 11,9 Prozent der Betriebe ein Ruheraum, in 44,4 Prozent ein Sanitätsraum, in 46 Prozent ein Umkleideraum und in 47,3 Prozent eine Kantine vorhanden. Die Gewerkschaft sagt dazu: „Besonders negativ muß bewertet werden, daß nur 11,9 Prozent der Befragten einen Ruheraum für Frauen angeben und daß in mehr als 50 Prozent aller Fälle weder ein Sanitätsraum, ein Umkleideraum noch eine Kantine angegeben wurde.“

Zusammenfassend stellt die Gewerkschaft zu dieser Befragungsaktion fest, daß das Ergebnis keineswegs befriedigend sei.

„Das sogenannte Familieneinkommen“, so heißt es wörtlich, „um das es oftmals bei Diskussionen über den Grad des angeblich erreichten Wohlstandes geht, ist niedriger, als oft behauptet wird. Der Gesundheitszustand dürfte nicht nur zu denken geben, sondern muß als ein Alarmzeichen gewertet werden und Antriebe zu weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der besseren Gestaltung der Arbeitsplätze sein. Die Konstruktion der Maschinen muß auf die Eigenarten der Frauen abgestimmt werden. Ruheräume für Frauen, Sanitäts- und Umkleideräume und Kantinen, in denen die Möglichkeit gegeben ist, warme Mahlzeiten einzunehmen, müssen selbstverständlicher als repräsentable Fassaden und Eingangshallen sein. Die Einführung der 40-Stunden-Woche und die Möglichkeit, wirklichen Urlaub

machen zu können (Urlaubsgeld), sind gewerkschaftliche Forderungen, die besonders in Industrien mit einem hohen Anteil von erwerbstätigen Mädchen, Frauen und Müttern baldigst verwirklicht werden müssen.“

Die sich aus der Befragung ergebenden unbefriedigenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie sind zweifellos auch in den anderen Industriezweigen vorhanden. Trotzdem wäre es durchaus nützlich, wenn eine gleiche Befragungsaktion in allen Gewerbebezügen, in denen Frauen beschäftigt sind, durchgeführt würde. Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung sollte aber nicht unterlassen, bei der Diskussion über das neue Aktionsprogramm den gewerkschaftlichen Forderungen, die sich aus der Befragung ergeben, einen gebührenden Platz im Aktionsprogramm zu sichern, und zwar so konkret, wie es sich aus den Antworten der Textil- und Bekleidungsarbeiterinnen ergibt. N

Keine Preisberuhigung zu erwarten

„Auf den meisten Märkten war die Nachfrage so stark, daß die Kosten-erhöhung, deren Faktoren in einzelnen Bereichen ganz unterschiedlich sein mögen, auf die Preise abgewälzt werden konnten.“ Dieses Eingeständnis, nämlich, daß starke Nachfrage gleich zu Preissteigerungen ausgenützt werden, steht im neuesten Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die wirtschaftliche Situation. Die konjunkturellen Anspannungen, heißt es weiter, begünstigten nach wie vor einen Anstieg der Preise. Nach dem Bericht sind im Wohnungsbau die Preise in den letzten sechs Jahren um 50 Prozent gestiegen.

Natürlich erwähnt der Bericht des Wirtschaftsministers auch die Lohn- und Gehaltserhöhungen als Ursachen für Preissteigerungen. Aber diese Floskel gehört wohl zur Routine und ist eher ein Tribut an die Unternehmer als eine ernstzunehmende Aussage.

Bruttoeinkommen gestiegen

In dem Wirtschaftsspiegel des „Gewerkschafters“, dem Organ der IG Metall für ihre Funktionäre, wird festgestellt, daß die Bruttoeinkommen pro Arbeitnehmer in der Bundesrepublik im Jahre 1964 um 8 bis 9 Prozent auf rund 700 DM im Monat angestiegen sind. In der Metallindustrie erreichten sie im Schnitt 760 DM. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen bliebe den Lohn- und Gehaltsempfängern in der Bundesrepublik nach diesem Bericht aber nur ein realer Kaufkraftzuwachs von durchschnittlich 5 Prozent (in der Metallindustrie 6 bis 7 Prozent).

Damit aber, so schreibt das Blatt weiter, habe sich die Lebenshaltung nicht so stark verbessert, wie das durchschnittliche Leistungsergebnis, die Produktivität.

Frauenkonferenz gegen Notstandsgesetze

Die Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil - Bekleidung hat einstimmig einen Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die dritte zentrale Frauenkonferenz stellt sich hinter den Beschluß des 6. ordentlichen Bundeskongresses des DGB in Hannover, wonach jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes und des Notdienstes abgelehnt wird.“

In einem weiteren Antrag wird der Hauptvorstand gebeten, im Zusammenwirken mit dem DGB die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Einführung einer Dienstpflicht für Frauen und Mädchen zu verhindern.

Das Unheil kommt erst später

**CDU-Wahlbonbons gegen die befürchtete Niederlage
Nur eine bessere Gesamtkonzeption macht glaubwürdig**

Die Bonner Parlamentarier und Minister der CDU/CSU haben die Spendierhosen angezogen. Das Jahr 1965 ist ein Wahljahr. Im Herbst sind Bundestagswahlen. Und offenbar geht es den Regierenden nicht darum, während einer ganzen vierjährigen Wahlperiode eine Politik zu verfolgen, die eine Wiederwahl wahrscheinlich macht; vielmehr scheint dieses Bemühen um die Wählergunst den letzten Monaten vor dem Wahltag vorbehalten zu sein — und das auch nur in einigen Teilbereichen. Zum Beispiel in der Sozialpolitik. Hier kann man Zahlen sprechen lassen — Millionen, Milliarden; hier kann man versprechen und auch ein bißchen halten.

Wir haben uns in der Bundesrepublik schon daran gewöhnt, daß die verschiedenen Bewerber vor den Wahlen das Blaue vom Himmel versprechen, um es hinterher nicht einzulösen. Wir haben uns auch daran gewöhnt, daß die Bundesregierung unmittelbar vor den Wahlen noch einmal kräftig aufdreht und mal den Rentnern, mal den Bauern, mal dem Mittelstand, aber auch mal einer Arbeitnehmergruppe — meistens aber der finanzstarken Industrie, die für die Meinungsmache sorgt — einige Wahlgeschenke zusteckt. Sie kann das mit Hilfe ihrer Parlamentsmehrheit tun, die allerdings nicht erst im Wahljahr, sondern während der ganzen Legislaturperiode besteht.

Wenn man einmal über diese Art von Wahlgeschenken nachdenkt, so müßte man unversöhnlich beleidigt sein, denn es steckt doch nichts anderes dahinter als die deutliche Absicht, dem Wähler etwas vorzumachen, ihn hinters Licht zu führen und für den einen Tag in vier Jahren — den Wahltag — versöhnlich zu stimmen. Er soll all das vergessen, was ihn seit dem vorhergegangenen Wahltag verärgert und empört hat. Ihm soll ganz einfach seine politische Meinung abgekauft werden.

Was an derlei Dingen auf die Bundesbürger vor der 5. Bundestagswahl zukommt, übertrifft alles bisher Dagewesene. Wir haben uns die Mühe gemacht, einiges zusammenzutragen, was offensichtlich unter dem Blickwinkel der Wahl an wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen durch die Regierungsparteien in Bonn beschlossen, in Angriff genommen oder zur Debatte gestellt wurde. Dabei kommt es uns nicht so sehr auf den Inhalt dieser Maßnahmen an, von denen manche zu begrüßen und andere wegen ihrer Dürftigkeit zu kritisieren sind, als vielmehr auf den Zeitpunkt. Auch sind die meisten Initiativen nicht auf entsprechende Ideen im Regierungslager, sondern auf jahrelange Vorstöße der SPD oder der Gewerkschaften zurückzuführen. — Doch nun zu den „Wahlbonbons“:

Die nach dem EWG-Vertrag längst fällige Senkung der westdeutschen Getreidepreise, die große Teile der Landwirtschaft beunruhigt, wird — nachdem eine Entscheidung darüber nicht länger aufzuschieben war — erst 1967 wirksam werden. Subventionsgelder wurden in Aussicht gestellt.

Am 31. Dezember 1964 wäre die Mehl-

preissubvention ausgelaufen und eine Verteuerung von Brot und Backwaren eingetreten ... Die Subventionen wurden um ein Jahr verlängert.

Die am 1. Januar 1965 wirksam gewordene 7. Rentenanpassung für rund 9,5 Millionen Rentner ist mit 9,4 Prozent die höchste Erhöhung überhaupt. Etwa im April wird die Erhöhung vom Januar an nachgezahlt.

Wohnraumbewirtschaftung und Mieterschutz sollten nach den Lücke-Gesetzen am 31. Dezember 1965 ohne Rücksicht auf den Stand des Wohnungsbaus auch in den letzten „schwarzen“ Kreisen aufgehoben werden. Diese Frist wurde um zwei Jahre verlängert.

Aber die Althausbesitzer in den „schwarzen“ Kreisen dürfen trotzdem die Mieten bis zu 25 Prozent heraufsetzen. Doch erst ab 1. Januar 1966.

Die Erhöhung der Telefongebühren wurde zum Teil um die Hälfte zurückgenommen.

Am 1. Januar 1965 wurde der 1. Teil eines Steueränderungsgesetzes wirksam, wonach alle Jahreseinkommen bis 240 000 DM steuerbegünstigt werden. Für die normal verdienenden Arbeitnehmer bringt das aber nur 1,35 DM in der Woche.

Im 2. Teil des Steueränderungsgesetzes, der noch zum 1. Juli, also rechtzeitig vor den Wahlen, wirksam werden soll, ist an die Erhöhung bzw. Einführung verschiedener Freibeträge gedacht. So u. a. an einen Freibetrag für in Berufsausbildung befindliche Kinder.

Zum 1. Juli 1965 soll auch eine Verbesserung des Kindergeldes in Kraft treten.

Ein Wahlschlager soll auch die Novelle zum 312-DM-Gesetz werden, wonach „vermögenswirksame“ Leistungen der Betriebe an Arbeitnehmer bis zu dieser Höhe steuerbegünstigt werden sollen und auch im Wege des Arbeitskampfes erzwungen werden können.

Die Anmeldefrist für die Stilllegung von Steinkohlenschloten wurde um drei Monate verschoben, damit der Stilllegungsbeginn (ein Jahr nach der Anmeldung) auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl fällt.

Mit einer „Härtenovelle“ zur Rentenversicherung soll noch in dieser Legislaturperiode die Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter und Angestellte auf voraussichtlich 1500 DM heraufgesetzt werden.

Auf der Dringlichkeitsliste der CDU/

CSU steht auch die Verabschiedung eines verbesserten Mutterschutzgesetzes.

Die Prämiensätze beim Bausparen und Prämien sparen, die bis zu 32 Prozent ausmachen, sollten ursprünglich 1964 auf einen geringeren Satz „harmonisiert“ werden. Nun bleiben diese Prämiensätze auch 1965 erst noch bestehen.

Ähnlich wie 1961 bei der Ausgabe von Volkswagen-Kleinaktien, erhofft sich die CDU/CSU für die Wahlen 1965 eine werbewirksame Attraktion durch die Ausgabe von VEBA-Kleinaktien im kommenden Frühjahr.

Außerdem ist auch noch die endliche Verabschiedung des Gesetzes über die arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung im Gespräch, wenn gleichzeitig das Prinzip der Kostenbeteiligung der Versicherten in der sozialen Krankenversicherung gerettet werden kann.

Und schließlich debattiert man noch über ein sogenanntes Sozialhilfegesetz, in dem angeblich schon die gewerkschaftliche Idee einer Mindestrente berücksichtigt sein soll.

Auf den ersten Blick möchte man sagen: Wenn doch jedes Jahr ein Wahljahr wäre! Dann bliebe wenigstens die Sozialpolitik im Fluß. Man muß aber auch fragen, warum das alles jetzt zur Debatte steht, so unmittelbar vor der Wahl. Warum mußten erst drei Jahre vergehen?

Es besteht die Gefahr, daß in der Hast des Wahlkampfes und nur, um Stimmen zu gewinnen, manches Flickwerk dabei entsteht. Wie die Steuerreform! Oder das Eigentumsbildungsgesetz! Oder die Härtenovelle! Oder die Energiepolitik in bezug auf den Steinkohlenbergbau! Und im übrigen wird das auf uns zukommende Unheil bis nach den Wahlen verschoben. Wie bei den Mieterhöhungen! Wie beim Brotpreis! Und bei der Sparprämien-senkung! Und so weiter ...

Hier sollten der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften schonungslos den Finger in die Wunde der Regierungsparteien legen. Hier muß man jedem Arbeitnehmer sagen, was gespielt wird.

Und noch etwas in diesem Zusammenhang: Wir Deutsche brauchen jetzt dringend Taten, die dem Frieden und der Entspannung dienen. Die 1,35 DM Steuersenkung, der subventionierte Brotpreis und andere Wahlmanipulationen dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gleichen sozialen „Wohltäter“ nicht bereit sind, in der Deutschlandpolitik aus der Sackgasse herauszukommen, die Finger von der Atombombe zu lassen und einen Abrüstungsbeitrag zu leisten. Nur wer es auch in diesen lebenswichtigen Fragen bessermachen will als bisher, ist glaubwürdig auch mit seiner Sozialpolitik. Das gilt für die CDU/CSU, das gilt für die FDP, und das gilt für die SPD. Das müssen die Gewerkschaften laut und deutlich sagen.

Sb.

Automobilarbeiter rücken zusammen

**Walther P. Reuther fordert politische Aktivität
IBFG und WGB müssen sich endlich näher kommen**

Eine der interessantesten gewerkschaftlichen Tagungen, die 1964 in der Bundesrepublik abgehalten wurden, war die Internationale Konferenz der Automobilarbeiter, die von über 100 Delegierten aus 30 Ländern besucht wurde. Ihre gewerkschaftspolitische Bedeutung lag vor allem darin, daß hier Probleme eines Industriezweiges zur Diskussion standen, dessen Konzentrationsgrad von keiner anderen Wirtschaftsbranche erreicht worden ist und in dem wenige Großunternehmen eine marktbeherrschende Position erreicht haben.

Der Stand der Konzentration in der Automobilindustrie wurde in den Produktionsziffern einiger Großkonzerne deutlich. So stellen die General Motors Corporation die größte Produktionsgesellschaft der Welt dar. Bis Ende 1962 besaß der Konzern 170 Betriebe in den verschiedenen Ländern, davon 128 in den USA, 5 in Kanada und der Rest in Ländern außerhalb Nordamerikas. In der Bundesrepublik gehören die Opel-Werke zu diesem Mammutunternehmen. 1962 beschäftigte die Gesellschaft 605 000 Arbeitnehmer, und der Weltumsatz war eineinhalbmal so groß wie das Bruttosozialprodukt der Schweiz.

Nicht viel weniger mächtig ist der zweitgrößte Automobilkonzern, die Ford-Motor-Company mit ihren zahlreichen Tochtergesellschaften in den USA, Kanada, Großbritannien und der Bundesrepublik. Im Jahre 1962 produzierte der Konzern 3,3 Millionen Fahrzeuge, darunter Lastkraftwagen und Traktoren. Die firmeneigenen Stahlwerke der Ford-Motor-Company haben eine Jahreskapazität von 2,1 Millionen Tonnen und decken die Hälfte des eigenen Stahlbedarfs.

In Europa ist mit Abstand das Volkswagenwerk, das jetzt mit der Daimler-Benz- A. G. liiert ist, der größte Automobilproduzent. Im Volkswagenwerk hat die Rationalisierung in den letzten Jahren eine erhebliche Produktivitätssteigerung zur Folge gehabt. Das zeigt sich deutlich bei einer Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Leistung zum Umsatz. Während noch 1953 der Pro-Kopf-Umsatz im Jahr 42 300 DM betrug, erreichte er fünf Jahre später 57 000 und stieg im Jahre 1962 auf fast 74 000 DM. Die Zahl der Beschäftigten hat sich dabei in zehn Jahren mehr als vervierfacht. Betrug sie 1953 noch knapp 20 000, ist sie heute auf über 90 000 Arbeiter und Angestellte angestiegen. Interessant ist, daß die Bundesrepublik im Jahre 1962 1,1 Million Wagen ausführte und damit der größte Automobilexporteur in der Welt wurde. Jeder zweite Wagen, den die Bundesrepublik exportierte, war ein Volkswagen.

Der Höhepunkt der Konferenz war zweifellos der Vortrag des Präsidenten der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft, Walther P. Reuther. In seiner Rede bezeichnete er es als die Aufgabe der Gewerkschaften, nicht allein für die wirtschaftlichen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger einzutreten, sondern auch durch politische

Aktivität zur Entspannung in der Welt und damit zur Sicherung des Friedens beizutragen. Er sprach sich weiter für eine Beendigung des Atomwetrüstens aus und für die Zusammenfassung aller Kräfte zur Befriedigung der sozialen und kulturellen Anliegen der Menschheit.

Wie alle Redner der Konferenz empfahl auch Reuther eine stärkere internationale Solidarität. Die Automobilkonzerne seien international orientiert und planten international, und daraus ergäben sich für die Gewerkschaften die Folgerungen, daß auch sie international organisiert sein müßten, um die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten.

Zu den Gefahren, die den Automobilarbeitern durch die Automation drohen, eine Frage, die besonders von dem Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, in die Diskussion gebracht worden war, nannte Walther Reuther ein Beispiel aus den Vereinigten Staaten. Hier waren in der Automobilindustrie 1963 54 000 Arbeiter weniger beschäftigt, trotzdem aber wurden 4,3 Millionen Fahrzeuge mehr produziert. Die hohe Arbeitslosenrate in den USA sei eine Auswirkung der Automation.

Die gewerkschaftspolitische Konsequenz der Automobilarbeiter-Konferenz war die Forderung der Delegierten, der zunehmenden Konzentration in der Industrie eine stärkere internationale Zusammenarbeit aller Gewerkschaften gegenüberzustellen. Was die Delegierten bedauerlicherweise dabei ignorierten, zumindest soweit es sich um die offizielle Tagung handelte, ist, daß in Europa der größte Teil der Automobilarbeiter nicht in einer Gewerkschaft organisiert ist, die dem IBFG angehört, sondern dem WGB, der auf dieser Tagung nicht vertreten war. **Eine internationale Front der Automobilarbeiter gegen die Internationale der Automobilkonzerne ist einfach nicht möglich, ohne die sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs und Italiens einzubeziehen.**

Bisher haben die im IBFG zusammengeschlossenen Gewerkschaften Kontakte mit dem WGB offiziell abgelehnt. Auf der Pressekonferenz, die im Zusammenhang mit der Tagung abgehalten wurde, zeigte sich aber die Tendenz auch bei den führenden Funktionären, daß die Situation in der Automobilindustrie hier zu neuen Über-

legungen führen könne. Je eher der Weg einer gemeinsamen internationalen Front der Automobilarbeiter beschritten wird, um so größer wird der Erfolg im Kampf gegen die internationalen Automobilkonzerne sein. Tu,

DGB-Forderungen zur „Härtennovelle“

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages hat der DGB 48 Vorschläge zur Verbesserung der „Härtennovelle“ unterbreitet. Der DGB tritt für die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze auch für Angestellte, zumindest aber für deren Erhöhung auf 2400 DM im Monat ein, lehnt die Einführung der Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter ab, fordert eine allgemeine Erhöhung aller Sozialrenten durch Aktualisierung der Renten-Bemessungsgrundlage, die jetzt um drei bis vier Jahre der Entwicklung der Arbeitseinkommen nachhinkt, die Zubilligung einer Mindestrente an Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den vergangenen Jahrzehnten infolge politischer und wirtschaftlicher Gegebenheiten einen außerordentlich niedrigen Verdienst hatten, das vorgezogene Altersruhegeld ab 60. Lebensjahr für Versicherte in besonders gefährdeten Berufen, für politisch, religiös und rassisch Verfolgte sowie Schwerbeschädigte und den Einbau einer Sicherung, daß bei Teilzeitarbeit der Rentenanspruch nicht vermindert wird. B.

Hunderttausende Kriegsoffer warten

Vergebens haben Hunderttausende Kriegsbeschädigte, Witwen, Waisen und Eltern gehofft, bis Weihnachten 1964 die ihnen ab 1. Januar 1964 zustehenden Nachzahlungen an Ausgleichs- und Elternrenten, Berufsschadens- und Schadensausgleich sowie andere Verbesserungen nach dem 2. Neuordnungsgesetz zur Kriegsofferversorgung zu erhalten. Die Umstellung der Versorgungsbezüge und die Gewährung der neuen Leistungen nach diesem erst unter dem Druck der Kriegsoffer und ihrer Verbände zu Beginn des Jahres 1964 vom Bundestag verabschiedeten Gesetz ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Das liegt allerdings nicht an den Beschäftigten der Versorgungsverwaltungen, sondern an der Kompliziertheit und dem eine stärkere Differenzierung der Versorgungsleistungen bezweckenden Perfektionismus des neuen Gesetzes sowie an der Verzögerung, die bei dem Erlass der notwendigen Durchführungsverordnungen eingetreten ist.

Welche Gruppe von Lohn- oder Gehaltsempfängern würde es sich wohl bieten lassen, wenn ihnen ein Jahr nach Abschluß eines neuen Tarifvertrages die ihnen zustehenden Verbesserungen noch nicht ausbezahlt wären?! **Und vielleicht kommt der CDU/CSU diese Verzögerung der Nachzahlungen in das Wahljahr 1965 hinein gar nicht so ungelegen.** -pp-

Man muß miteinander reden

Eine Erwiderung auf einen pessimistischen Brief Leipzig bisher einziges gemeinsames Forum

Der Kollege A. Riedel betont in seiner Stellungnahme, „Nur für ernsthafte Gespräche“ in Nr. 12/1964 der NACHRICHTEN, daß er kein kalter Krieger ist. Das glaube ich ihm gerne. Aber trotzdem muß ich ihm mit aller Offenheit sagen, daß seine Stellungnahme wohl kaum der Überwindung der Spaltung Deutschlands und der Arbeiterbewegung und schon gar nicht dem Sozialismus dient. Denn sie entspricht im wesentlichen der Taktik der kalten Krieger: Zwar allgemein für Gespräche zwischen Arbeiterfunktionären beider deutscher Staaten, aber zur Leipziger Arbeiterkonferenz — „nein“, kein einziger konstruktiver Vorschlag. So kommen wir doch nicht weiter!

Auch ich habe bis jetzt nur einmal an einer der Leipziger Konferenzen teilgenommen, und das ist schon lange her. Aber es stimmt einfach nicht, wenn der Kollege Riedel die Dinge so hinstellt, als gäbe es in Leipzig keine Gelegenheit, sich mit den Kollegen der DDR über politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Probleme zu unterhalten. Dazu gibt es während der Tagung und noch mehr außerhalb der Tagung und vor allem auch bei Betriebsbesichtigungen mehr als ausreichend Gelegenheit. Nutzt man sie nicht, dann liegt es bestimmt nicht an den Kollegen der DDR!

Wenn der Kollege Riedel die Ausführungen Albert Nordens so wenig ernst nimmt, wie er sie in seinen Zeilen abtut, dann muß man bei ihm am ernsthaften Willen zum Gespräch allerdings wirklich zweifeln. Setzt doch das Gespräch das Anhören des anderen voraus, auch wenn ich vielleicht mit seinen Ansichten in vielem nicht übereinstimme. Es gibt jedenfalls viele Kollegen, die Albert Norden gerade wegen seiner prägnanten, gut fundierten und formulierten Ausführungen sehr schätzen und ihm dafür ehrlichen Herzens Beifall zollen.

Natürlich kommen in einem so großen Forum wie der Leipziger Arbeiterkonferenz nicht alle, die sich zur Diskussion melden, zu Wort. Mir ist es auch so gegangen. Das ist aber nicht nur in Leipzig so. Dort aber kommen — im

briefe...

Unterschied zu manchen westdeutschen Gewerkschaftstagen, von SPD-Parteitagen ganz zu schweigen — noch wirklich Betriebsarbeiter zu Wort.

Es mögen vielleicht manchem die Diskussionsbeiträge der Leipziger Konferenz etwas einseitig erscheinen. Aber erstens ergibt sich das sicher daraus, daß die meisten Kollegen der DDR und BRD im Bewußtsein der Notwendigkeit an der gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz teilnehmen, das die ganze deutsche Arbeiterbewegung Einende zu suchen und in den Vordergrund zu stellen. Und zweitens liegt das mit daran, daß Gewerkschafts- und SPD-Vorstände der Bundesrepublik sich bis

jetzt weigern, an der Leipziger Konferenz teilzunehmen, und offenen und versteckten Druck vor allem auf ihre Funktionäre ausüben, um sie von einer Teilnahme abzuhalten. Das aber ist nicht Schuld der Gastgeber in Leipzig! Vielleicht mag es auch sonst noch einiges an der Leipziger Konferenz zu kritisieren und zu verbessern geben. Das aber hätte der Kollege Riedel an Ort und Stelle dem ständigen Ausschuß der gesamtdeutschen Arbeiterkonfe-

renzen oder einem seiner Mitglieder vortragen sollen. Entscheidend aber ist doch folgendes: In Leipzig findet bis jetzt zweimal jährlich das einzige allgemeine Forum der Arbeiter und Gewerkschafter aus ganz Deutschland statt. Es gibt darüber hinaus die vielfältigsten Begegnungen und Gespräche zwischen Kollegen der DDR und der BRD, sei es auf der Grundlage einzelner Industriegewerkschaften oder in einzelnen Betrieben, Orten oder Kreisen. Aber das alles kann offiziell nur in der DDR geschehen. Dort sind wir westdeutschen Kollegen stets gern gesehene Gäste.

Bei uns ist das bis jetzt nicht so. Bis jetzt konnte keine einzige gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz in der Bundesrepublik stattfinden. Liegt nicht unsere Aufgabe und Verpflichtung als westdeutsche Gewerkschafter darin, die Bewegung für das gesamtdeutsche Arbeitergespräch, für die Überwindung der unseligen Spaltung so stark zu machen, daß dieser Zustand sich ändert?! Dazu hat Kollege Riedel mit seiner nur negierenden Stellungnahme keinen Beitrag geleistet. B. A. — B.

Begegnungen sind nützlich

Zu den „gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen“

In Nr. 12 der Nachrichten vertritt Kollege A. Riedel aus Stuttgart die Meinung, daß Gespräche zwischen Funktionären und Kollegen des DGB und FDGB zu begrüßen sind, wenn es sich um ernsthafte Diskussionen handelt, die zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen können. Er meint, diese Voraussetzung sei auf der gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz nicht gegeben, die Diskussionsbeiträge seien schon vor Beginn der Konferenz festgelegt, der Applaus gelte nicht dem Inhalt der Referate, sondern dem befreienden Abschluß.

Diese Ansicht des Kollegen Riedel kann ich nicht teilen. Selbst wenn die Durchführung der Arbeiterkonferenz den von ihm geschilderten Einschränkungen unterliegen würde, wären sinnvolle Diskussionen möglich. Eine Konferenz besteht nicht nur aus dem, was die Redner vortragen, sondern auch aus den persönlichen Gesprächen am Rande des offiziellen Geschehens. Selbstverständlich sind hierbei ernsthafte Diskussionen möglich und werden auch immer wieder geführt. Dieser Meinungs- und Informationsaustausch zwischen Gewerkschaftern des DGB und des FDGB, erzielt in persönlichen Gesprächen, gibt der Arbeiterkonferenz schon ihre Berechtigung und rechtfertigt die Teilnahme von Kollegen aus der Bundesrepublik.

Hinzu kommt, daß ich die Enttäuschungen des Kollegen nicht bestätigen kann. Möglicherweise wurden diese schlechten Erfahrungen von ihm schon vor längerer Zeit gemacht. Ich war Teilnehmer der letzten Arbeiterkonferenz und habe noch nie vorher eine derartige Veranstaltung besucht. Der Grund für meine Reise nach Leipzig war, selbst festzustellen, was an der Arbeiterkonferenz dran ist und ob sie eine echte gesamtdeutsche gewerkschaftliche Begegnung ist. Ich wurde nicht enttäuscht.

Die Diskussionsreden brachten verschiedene Standpunkte zum Ausdruck. Jeder, der sprach, konnte sagen, was er wollte. Ich habe spontane Wortmeldungen erlebt, die Erfolg hatten, die Diskussionsbeiträge konnten also auf keinen Fall alle vor der Konferenz festgelegt worden sein. Sicher werden nicht alle Kollegen zu Wort kommen können, dazu ist die Zeit zu kurz, und sicher dürften nach meinem Geschmack die einführenden Referate und auch manche Diskussionsbeiträge kürzer sein, um mehr Kollegen die Möglichkeit zu geben, ihre Gedanken in der Diskussion vorzubringen.

Keinesfalls kann ich mich der Meinung anschließen, eine solche Konferenz würde weder den Kollegen der Bundesrepublik noch denen der DDR oder dem Sozialismus nützen. Ich betrachte die Arbeiterkonferenzen mit den ihnen sicher noch anhaftenden Mängeln — die zum Teil auch ihre Ursache im offiziellen Boykott durch den DGB haben — als nützliche gewerkschaftliche Auseinandersetzungen um die Zukunft Deutschlands. Es würde mich freuen, wenn künftig gewichtigere Delegationen aus der Bundesrepublik teilnehmen, wenn die nächste Arbeiterkonferenz, wie vorgesehen, in der Bundesrepublik, und zwar in Mannheim, stattfindet! H. W. — A.

Entwurf des neuen DGB-Aktionsprogramms

Zur Zeit wird in den Vorständen der 16 DGB-Gewerkschaften und in den Landesbezirksvorständen der Entwurf des neuen DGB-Aktionsprogramms diskutiert, das voraussichtlich am 1. Mai 1965 vom Vorsitzenden des

Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, auf der Mai-Kundgebung in Hamburg der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Wir sind in der Lage, unseren Lesern den Wortlaut dieses Entwurfes vorzulegen. Es dürfte

sich dabei um den 6. Entwurf handeln, über den es auf der Dezember-Sitzung des DGB-Bundesvorstandes noch immer nicht zu einer Einigung gekommen war. Wie verlautet, ist vor allem der Abschnitt II noch umstritten.

Anspruch und Rechte des Menschen

„Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und die notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet. Er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigen Verlusten seiner Unterhaltungsmittel durch unverschuldete Umstände.“

(Aus der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen.)

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 1. Mai 1955 ein Aktionsprogramm verkündet. Seitdem sind mehr als neun Jahre vergangen. In dieser Zeit ist es trotz erheblicher Widerstände gelungen, einen guten Teil der Forderungen zu verwirklichen, die im Aktionsprogramm gestellt wurden:

■ Die tarifliche Wochenarbeitszeit wurde für annähernd 20 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte auf 45 und weniger Stunden gekürzt;

■ das durchschnittliche Nettoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit ist erheblich gestiegen;

■ der Jahresurlaub wurde für Arbeiter und Angestellte beträchtlich verlängert; durch Tarifverträge erhalten fast 4 Millionen Arbeitnehmer ein zusätzliches Urlaubsgeld; die Unfallversicherung hat ihre Leistungen erhöht; erkrankte Arbeiter erhalten eine wesentlich verbesserte materielle Sicherung;

■ neu geregelte Renten passen das Einkommen vieler alter Menschen den steigenden Kosten an.

Trotzdem —

■ die gesellschaftliche und wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeitnehmer besteht weiter und bedroht ihre Existenz; Rationalisierung und Automation vermindern ihre Berufsaussichten und gefährden ihre soziale Sicherheit; der Kräfteverschleiß bei der Arbeit nimmt rascher zu als die Möglichkeit der Erholung;

■ ihr Anteil am wachsenden Sozialprodukt, an der Vermögensbildung und an den wirtschaftlichen Entscheidungen entspricht nicht ihrer Bedeutung in der demokratischen Gesellschaft.

Um das Erreichte zu bewahren und das Begonnene fortzusetzen, hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund im November 1963 ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Ausgehend von den Grundsätzen und Zielen dieses Programms beschließt der DGB die folgende Neufassung des Aktionsprogramms:

I. Kürzere Arbeitszeit — mehr Freizeit

Die Gewerkschaften fordern den 8-Stundentag und die 5-Tage-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Der 8-Stundentag und die 5-Tage-Woche müssen auch im privaten Dienstleistungsgewerbe und im öffentlichen Dienst eingeführt werden.

Es ist nicht nur notwendig, die Arbeitszeit zu kürzen, es ist auch möglich und wirtschaftlich vertretbar. Trotz verminderter Arbeitszeit sind Arbeitsleistung und Arbeitsergebnis in den letzten Jahren gestiegen und steigen weiter.

Auch die Betriebe, in denen durchgehend gearbeitet wird, müssen die Arbeitszeit so einteilen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten täglich höchstens 8 Stunden tätig sind, daß die freien Tage hintereinander liegen und möglichst viele Sonntage arbeitsfrei bleiben.

Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und das verlängerte Wochenende sollen nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch ihren Familien zugute kommen.

II. Größerer Anteil am Ertrag der Wirtschaft — Höhere Löhne und Gehälter

Nach 1945 haben Arbeiter, Angestellte und Beamte den entscheidenden Beitrag für den Wiederaufbau der Wirtschaft geleistet. Ihr Anteil am wirtschaftlichen Ertrag entspricht jedoch noch immer nicht ihren Leistungen.

Die aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften soll den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt vergrößern und den Lebensstandard ihrer Familien heben. Dazu gehört auch die Zahlung eines 13. Monatseinkommens an alle Arbeitnehmer.

Die Gleichberechtigung der Männer und Frauen muß auch im Arbeitsverhältnis gelten. Gleiche Arbeit muß gleich bewertet und gleich entlohnt werden. Die „freiwilligen“ sozialen Leistungen der Betriebe müssen durch Tarifvertrag oder Gesetz gesichert werden.

Die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik hat seit der Währungsreform die einseitige Vermögensbildung begünstigt. Sie muß zukünftig für eine gerechte Beteiligung aller Volksschichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung eingesetzt werden. Der Gesetzgeber muß darüber hinaus die einseitige Vermögensbildung korrigieren.

Das Vermögen entstand und entsteht aus der Arbeit aller und zu einem großen Teil aus erzwungenem Konsumverzicht. Es ist dringend erforderlich, alle bisher benachteiligten Volksschichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen. Da wirksame Maßnahmen für eine gerechte Vermögensverteilung in der Bundesrepublik vom Gesetzgeber bisher nicht ergriffen wurden, werden die Gewerkschaften zukünftig in stärkerem Maße ihre tarifpoli-

III. Längerer Urlaub — Ausreichendes Urlaubsgeld

Die zunehmende Belastung der körperlichen und geistigen Kräfte gefährdet die Gesundheit des Menschen.

Um Gesundheit und Arbeitskraft zu erhalten und gestützt auf die Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund einen längeren Urlaub.

Der jährliche Erholungsurlaub soll für alle mindestens 4 Wochen dauern, für Arbeitnehmer unter 20 Jahren und über 35 Jahre 5 Wochen, für Arbeitnehmer über 50 Jahre 6 Wochen.

Den Arbeitnehmern muß ein zusätzliches Urlaubsgeld gezahlt werden, damit sie sich in einem verlängerten Urlaub gründlich erholen, ihre Gesundheit und Arbeitskraft stärken können.

IV. Sicherung des Arbeitsplatzes

Wichtigste Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik ist die Sicherung der Vollbeschäftigung. Sie ist die entscheidende Voraussetzung für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt. Aus der Rationalisierung und der Automation können wirtschaftliche und soziale Entwicklungen entstehen, die die Vollbeschäftigung gefährden.

Die Wirtschaftspolitik muß diesen Gefahren durch vorausschauende und planmäßige Maßnahmen begegnen.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen dürfen durch Rationalisierung und Automation nicht verschlechtert werden.

Dazu ist es notwendig, in Betrieben, in denen Arbeitsplätze durch Automation und Rationalisierung gefährdet sind, gemeinsam mit Vertretern der Arbeitnehmer und den Gewerkschaften umfassende Pläne zur Bereitstellung neuer Arbeitsplätze aufzustellen und andere Anpassungsmaßnahmen vorzubereiten. Wer bei Rationalisierungen seinen Arbeitsplatz verliert, muß eine neue Arbeitsmöglichkeit oder Hilfe erhalten, um sich in eine andere Tätigkeit einzuarbeiten.

- **Januar—Februar**
Orts- und Bezirkskonferenzen der IG Druck und Papier
- **20.—22. Februar**
Zentrale Jugendkonferenz der IG Druck und Papier
- **Ab März**
Betriebsrätewahlen
- **16.—19. März**
II. Internationale Automations-tagung der IG Metall in Oberhausen
- **Februar—Mai**
Ortsdelegiertenkonferenzen der IG Metall (Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstag; Anträge zum Gewerkschaftstag)
- **26. April — 2. Mai**
OTV-Bundesjugendtreffen in Berlin
- **6.—8. Mai**
Bundesfrauenkonferenz des DGB in Berlin
- **Im Mai**
7. Bundesjugendkonferenz der IG Metall
- **Im Mai**
Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Nürnberg
- **24.—28. Mai**
8. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder in Bielefeld
- **9.—12. Juni**
7. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Essen
- **Juni (voraussichtlich)**
Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie zu Satzungsfragen
- **6.—11. September**
8. Gewerkschaftstag der IG Metall in Bremen
- **26. September — 2. Oktober**
7. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Berlin
- **27. September — 2. Oktober**
8. Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft in Wiesbaden
- **Im Oktober**
Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall
- **9.—16. Oktober**
7. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Karlsruhe
- **11.—15. Oktober**
9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Stuttgart
- **9.—11. November**
Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Bad Godesberg
- **19.—20. November**
6. DGB-Jugendkonferenz in München
- **9.—14. Mai**
7. DGB-Kongreß in Berlin

Doch ernsthafte Gespräche!

Der Kollege Riedel hofft, auf Grund seines Artikels nun nicht als „kalter Krieger“ eingestuft zu werden. Das liegt mir absolut fern; doch möchte ich ihm sagen, daß er m. E. bereits einige Gepäckstücke der kalten Krieger aufgelesen hat; jener nämlich, denen der Schrecken in die Glieder fährt, wenn irgendwo Kontakte zwischen den Bürgern der DDR und der BRD, besonders aber zwischen den Kollegen des FDGB und des DGB, entstehen. Eine solche Kontaktstelle sind die Deutschen Arbeiterkonferenzen nun einmal geworden.

Auch ich und noch unzählige andere Kollegen begrüßen wie der Kollege Riedel Gespräche zwischen Funktionären und Kollegen des DGB und des FDGB. Denn wer gern mit Kollegen der DDR über politische, wirtschaftliche oder gewerkschaftliche Probleme sprechen will, hat auf der Konferenz tausendfache Gelegenheit dazu. Wer das leugnet, ist meiner Meinung nach nicht „guten Willens“. Man sucht doch geradezu westdeutsche Kollegen zur Teilnahme an den Studientelegationen, d. h., man kann mit beliebigen Kolle-

benutzen. Sie erkennen in Ihrem Leserbrief die Notwendigkeit von Gesprächen mit den Kollegen in der DDR an, wollen aber z. B. die gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen in Leipzig nicht als Gelegenheit für ernsthafte Gespräche werten. Es fällt mir, lieber Kollege, nicht leicht, zu begreifen, was Ihrer Meinung nach nun ernsthafte Gespräche sein sollen. Denn was ist ernsthafte, als ein Gespräch zu führen? Auch bei unterschiedlichen Standpunkten und besonders deshalb, weil Arbeiter und Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten sich in lebenswichtigen Angelegenheiten verständigen und auch einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten müssen.

Wenn in der Bundesrepublik schon vom „Ernstfall“ die Rede ist und der „Luftschutz“ sowie das „Notstandsgesetz“ pausenlos propagiert werden, dagegen in der DDR die „Friedenskämpfer“, wie Sie schreiben, so hoch bewertet werden — dann ist ja schon der Wert der Konferenz gegeben. Warum soll sie dem Sozialismus nichts nützen, da ja die Erhaltung des Friedens unbedingt dazugehört? Es würde mich sehr freuen, weitere Zweifel berichtigen zu können, weil es ganz allein an uns selbst liegt, die große Gefahr abzuwehren.
H. L., München

briefe...

gen in den Produktionsstätten sprechen, man kann teilnehmen an Betriebsversammlungen, an Sitzungen der Konfliktkommissionen usw. Es gibt Besichtigungen und Gespräche in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, man kann Fragen stellen an führende Vertreter der Justizorgane, an Vertreter der Sozialversicherung usw. Kurz, es gibt keine Begrenzungen, auch nicht für den Fragesteller.

Wenn der Kollege Riedel festgestellt haben will, daß nur „Friedenskämpfer“ mit einem schon lange vor der Konferenz festgelegten Diskussionsbeitrag zu Worte kommen, so sage ich, daß diese Behauptung nicht stimmt. Tatsache ist indessen, daß bei Abschluß aller Arbeiterkonferenzen stets noch etwa 30 bis 40 Wortmeldungen meist von westdeutschen Kollegen vorlagen. Wenn der Kollege Riedel meint, die Deutschen Arbeiterkonferenzen erfüllen eine diktierete Aufgabe, ihre Durchführung sei müßig, so befindet er sich damit in bekannter Gesellschaft. Ich aber sage ihm: Zehn Jahre Deutsche Arbeiterkonferenzen haben durch ihre quantitative und qualitative Vorwärtswentwicklung bewiesen, daß sie immer mehr zu einem ernstesten, verantwortungsbewußten Forum zur Lösung der deutschen Probleme geworden sind. Die 21., so hat die 20. Deutsche Arbeiterkonferenz beschlossen, findet in Mannheim statt. Der Kollege Riedel hat auch hier Gelegenheit, seine Einsicht über die Notwendigkeit der Gespräche mit den Kollegen der DDR unter Beweis zu stellen! E. H., Hamburg

Man sollte diskutieren

Werter Kollege Riedel! Es ist immer gut, Unklarheiten ausdiskutieren, und wenn das in persönlicher Aussprache nicht möglich ist, dazu auch die Leserbriefspalte einer Zeitschrift zu

Starkes Echo um die Arbeiterkonferenzen

Der Brief unseres Lesers A. Riedel, der sich kritisch mit den gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen beschäftigt, hat ein großes Echo gefunden. Aus den bei uns eingegangenen Briefen haben wir in dieser Nummer vier veröffentlicht. Bemerkenswert ist, daß alle Briefschreiber sich für die Arbeiterkonferenzen aussprechen und den kritischen Bemerkungen A. Riedels entgegentreten. Wir werden die Diskussion in der nächsten Nummer weiterführen, weil wir dem auf den Arbeiterkonferenzen möglichen Gespräch zwischen den Gewerkschaftern der Bundesrepublik und der DDR eine außerordentliche Bedeutung zumessen.
H. S.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9
Telefon 36 38. Postscheckkonto Stuttgart 960/19
Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Siebert
Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona, Winterstraße 9-11
Einzelpreis DM 0,60, im Abonnement DM 1,50 vierteljährlich plus Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet